

Janosch Steuwer

Eine neue Partei ‚links von der SPD‘. Überlegungen zur Bedeutung nicht-etablierter Kleinparteien im politischen System Nordrhein-Westfalens am Beispiel der WASG und Linkspartei.PDS

Eine neue Partei ‚links von der SPD‘

Der Versuch ist nicht neu: Bereits 1982/83 hatten enttäuschte Sozialdemokraten und Gewerkschafter versucht, eine neue Partei ‚links von der SPD‘ zu etablieren. Die Demokratischen Sozialisten (DS), wie sich die Partei nach ihrer Gründung am 28. November 1982 in Münster nannte, hatte, insbesondere durch das Engagement der beiden zuvor nach langem öffentlichen Streit aus der SPD ausgeschlossenen bzw. ausgetretenen Bundestagsabgeordneten Manfred Coppik und Karl-Heinz Hansen, große mediale Aufmerksamkeit erregt. Doch jenseits der Schlagzeilen konnten die DS keine Wirkung entfalten. Bei Wahlen blieben sie erfolglos und lösten sich bereits Mitte der 1980er Jahre wieder auf.¹ In ihrer kurzen Dauer und Erfolglosigkeit sind die DS durchaus typisch für die große Gruppe der kleinen Parteien, die in der Geschichte der Bundesrepublik meist jenseits der öffentlichen Wahrnehmung versucht haben, politischen Einfluss zu gewinnen.

Umso nachhaltiger verdeutlicht das Beispiel der Demokratischen Sozialisten den außergewöhnlichen Erfolg der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG), der es bereits ein Jahr nach ihrer Gründung bei der vorgezogenen Bundestagswahl 2005 gelang, in den Bundestag einzuziehen und durch den mit Gründung der letzten Landesverbände in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen Ende Oktober 2007 formal abgeschlossenen Fusionsprozess mit der Linkspartei.PDS gute Chancen hat,² sich als fünfte Partei dauerhaft im politischen System der Bundesrepublik zu etablieren. Dadurch lassen sich weitreichende Konsequenzen – etwa in der Regierungs- bzw. Koalitionsbildung – erwarten, die es erforderlich machen, sich aus politikwissenschaftlicher Perspektive genauer mit den Ursprüngen, der Entwicklung, den Potenzialen und Problemen der neuen Partei ‚links von der SPD‘ auseinanderzusetzen. Dass trotz der augenfälligen Relevanz zu diesen Fragestellungen die Anzahl der bisher publizierten wissenschaftlichen Analysen gering ist, kann sicher auf die rasante Entwicklung der WASG und des Fusionsprozesses zurückzuführen – muss aber dennoch als Desiderat betrachtet werden.³

- 1 Uwe Arndt/Werner Mackenbach/Willi Pohl/Bertold Scheller: Die Demokratischen Sozialisten. Von der Schwierigkeit der Bildung einer linkssozialistischen Partei, Frankfurt a.M. 1990.
- 2 In der Arbeit wird generell der 2005 eingeführte letztgültige Parteiname Linkspartei.PDS verwandt. Bezieht sich die Namensnennung jedoch auf einen historischen Zeitpunkt vor der Namensänderung, wird der damals gültige Name „Partei des Demokratischen Sozialismus“ (PDS) verwandt.
- 3 Vgl. jetzt als eine der ersten politikwissenschaftlichen Arbeiten den Sammelband von Tim Spier/Felix Butzlaff/Matthias Micus/Franz Walter (Hg.): Die Linkspartei. Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne

Neben der Analyse der konkreten Fusionsbestrebungen bietet der Prozess der Linkspartei-Bildung aber auch die Chance ein in der Entwicklung des deutschen Parteiensystems seltenes Phänomen zu beobachten: Die Etablierung einer bislang nicht-etablierten Kleinpartei.⁴ Dieser Prozess, der bisher in der bundesrepublikanischen Geschichte nur von den Grünen zu Beginn der 1980er Jahre erfolgreich bestritten wurde,⁵ lenkt damit den Blick der Parteienforschung auf einen Bereich im Parteiensystem, der bisher kaum Beachtung gefunden hat. Dabei sind kleine Parteien, die nur in geringen Maße Mitglieder und Wähler an sich binden können, sowohl in der Entwicklung der Bundesrepublik, als auch bei jeder einzelnen Wahl gegenüber der kleinen Gruppe der Parteien, die regelmäßig Parlamentsmandate erringen, quantitativ in der Überzahl. Die politikwissenschaftliche und öffentliche Ignoranz gegenüber den kleinen Parteien, wie sie sich etwa in der zusammenfassenden Klassifizierung als „Sonstige“ ausdrückt, gründet sich auf die vermeintlich unbedeutende Rolle dieser Parteien für das politische System. Ob aber diese Einschätzung, die sich vor allem auf die Nichterfüllung der „klassischen Parteienfunktionen“ durch die kleinen Parteien stützt, ihrem Gegenstand gerecht wird, erscheint fragwürdig. Vielmehr müsste eine politikwissenschaftliche Erforschung nicht-etablierter Kleinparteien vor allem fragen, ob diese Organisationen nicht andere spezifische Funktionen für das politische System erfüllen. Beiden Fragerichtungen, sowohl die konkreten Ursprüngen, Problemen und Potenzialen des Fusions- und Etablierungsprozesses, als auch den darin sichtbar werdenden generellen Bedingungen und Funktionen nicht-etablierter Kleinparteien, soll im Folgenden nachgegangen werden.

Parteienforschung und Kleinparteien: Eine Annäherung

Empirische wie theoretische Untersuchungen zu Parteien haben in der Politikwissenschaft eine lange Tradition⁶ und bilden auch noch gegenwärtig das „Kernstück[] der Disziplin“.⁷ Die herausragende Bedeutung der Parteienforschung in der Politikwissenschaft ist eng mit ihrem Gegenstand verknüpft. Politische Parteien werden als entscheidende politische Akteure gesehen, ohne die „moderne demokratische Gesellschaften (...) nicht funktionsfä-

Zukunft?, Wiesbaden 2007. Daneben haben sich einige universitäre Abschlussarbeiten, wie etwa Falk Heunemann: Die Kooperation der PDS und WASG zur Bundestagswahl 2005 (Magisterarbeit Universität Jena), <www.wortwahl.org/heunemann-magisterarbeit.pdf> (15.1.2007), und vereinzelt auch Zeitschriftenartikel, etwa Schoen, Harald/Falter, Jürgen W.: Die Linkspartei und ihre Wähler, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 51–52 (2005), S. 33–40, mit dem Thema beschäftigt.

- 4 Vgl. zu den Begriffen Etablierte/Nicht-Etablierte Kleinpartei den Abschnitt „Parteienforschung und Kleinparteien: Eine Annäherung“.
- 5 Vgl. zur Etablierung der Grünen Markus Klein/Jürgen Falter: *Der lange Weg der Grünen. Eine Partei zwischen Protest und Regierung*, München 2003.
- 6 Bei der Etablierung der Politikwissenschaft in Deutschland nach 1945 nahm die Parteienforschung eine zentrale Rolle ein. Wilhelm Bleek: *Geschichte der Politikwissenschaft in Deutschland*, München 2001, S. 295–297. Vgl. zum gegenwärtigen Stand der Parteienforschung den Überblick von Friedbert W. Rüb: „Sind Parteien noch zu retten?“ Zum Stand der gegenwärtigen Parteien und Parteiensystemforschung, in: *Neue Politische Literatur* 3 (2005), S. 397–421.
- 7 Klaus von Beyme: *Parteien im Wandel. Von den Volksparteien zu den professionalisierten Wählerparteien*, Wiesbaden 2000, S. 15.

hig“ sind.⁸ Als Parteien können nach Ulrich von Alemann „auf die Dauer angelegte, freiwillige Organisationen“ verstanden werden, die „politische Partizipation für Wähler und Mitglieder anbieten, diese in politischen Einfluss transformieren, indem sie politisches Personal selektieren, was wiederum zur politischen Integration und zur Sozialisation beiträgt und zur Selbstregulation führen kann, um damit die gesamte Legitimation des politischen Systems zu befördern.“⁹ Eine solche funktionale Betrachtungsweise ist in der Parteienforschung breit rezipiert worden, unterscheiden sich Parteien von anderen Interessensorganisationen doch weniger durch ihre innere Struktur, als durch ihre spezifischen Funktionen für das politische System. Eine funktionale Definition kann also ihren Gegenstand besser greifen, als organisationssoziologische Begriffsbestimmungen dies vermögen.¹⁰ Während hierüber breite Einigkeit besteht, existieren in der Parteienforschung eine Vielzahl unterschiedlicher Aufgaben- und Funktionskataloge, die sich in ihrer Differenzierung teils stark unterscheiden.¹¹ Bemüht man sich um eine Synthese der unterschiedlichen Funktionszuschreibungen lassen sich die folgenden Funktionen unterscheiden: Parteien sollen demnach in der Gesellschaft bestehende Meinungen, Forderungen und Konflikte aufnehmen (Interessensselektion), diese in Handlungs- und Aktionsprogrammen bündeln (Interessensaggregation), sich für die Umsetzung dieser einsetzen (Interessensartikulation) und Kandidaten für politische Ämter bereitstellen (Personalrekrutierung). Parteien bieten so Wählern wie Mitgliedern Möglichkeiten der Teilhabe am politischen System (Partizipationsfunktion) und tragen so letztlich zur Stabilität und Legitimation des gesamten Systems bei (Legitimationsfunktion). Parteien werden damit in einer „intermediären Stellung“ zwischen politischem System und Gesellschaft verortet, in der sie als „Transmissionsriemen“ zentral zur Vermittlung zwischen beiden Bereichen beitragen.¹² Als Parteien können eben jene Organisationen bezeichnet werden, die diese Aufgaben erfüllen.

Obwohl diese Definition zur Abgrenzung von anderen (Interessens-)Organisationen geeignet erscheint, birgt sie für die Beschäftigung mit kleinen Parteien Probleme. Parteien ohne Parlamentsmandate sind nämlich kaum in der Lage, die geforderten Funktionen zu erfüllen. Ohne Mandate bleiben Parteien letztlich keine anderen Mittel der Interessensaggregation und -artikulation als anderen öffentlich agierenden Interessensorganisationen. Sie haben damit nicht Teil an der intermediären Stellung von Parteien und können nicht als

8 Richard Stöss: *Parteienstaat oder Parteiendemokratie*, in: Oscar W. Gabriel/Oskar Niedermayer/Richard Stöss (Hg.): *Parteiendemokratie in Deutschland*, Bonn 1997, S. 13–36, hier S. 15.

9 Ulrich von Alemann: *Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland*, Opladen 2000, S. 11.

10 Die Definition von Rainer-Olaf Schultze etwa ist nicht geeignet Parteien von Sozialen Bewegungen oder Interessensorganisationen abzugrenzen: „Eine Gruppe gleichgesinnter Bürger, die sich die Durchsetzung gemeinsamer politischer Vorstellungen zum Ziel gesetzt haben“. (Rainer-Olaf Schultze: *Partei*, in: Dieter Nohlen (Hg.): *Wörterbuch Staat und Politik*, München 1998, S. 503–507, hier S. 50.)

11 Vgl. Michael Grevén: *Parteien und politische Herrschaft. Zur Interdependenz von innerparteilicher Ordnung und Demokratie in der BRD*, Meisenheim am Glan 1977; Elma Wiesendahl: *Parteien und Demokratie. Eine soziologische Analyse paradigmatischer Ansätze der Parteienforschung*, Opladen 1980; Klaus von Beyme: *Parteien in westlichen Demokratien*, München 1984; Alemann: *Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland*.

12 Vgl. Alemann: *Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland*, S. 205–213.

Transmissionsriemen fungieren. Diese Organisationen sind dementsprechend in einer engen Auslegung der Definition nicht als Partei zu kategorisieren. Doch auch wenn sie die von ihnen geforderte Rolle im politischen System nicht spielen können, zeichnen sich diese Kleinparteien durch den – im Gegensatz zu anderen Interessensgruppen erhobenen – Anspruch aus, diese Funktionen erfüllen zu wollen, der sich zentral in der Wahlteilnahme artikuliert.¹³ Als Parteien sollen deshalb im Folgenden nicht nur jene Organisationen bezeichnet werden, die die oben aufgeführten Funktionen erfüllen, sondern auch jene, die die Erfüllung anstreben.

Dieses in der Definition exemplarisch zum Ausdruck kommende theoretisch-methodische Desinteresse von breiten Teilen der Parteienforschung gegenüber nicht-etablierter Kleinparteien, zeigt sich auch in der Konzentration der meisten empirischen Studien auf die großen Parteien. Nicht-etablierte Kleinparteien haben in der Politikwissenschaft weniger durch die Parteienforschung, als mehr aus extremismustheoretischer Perspektive Beachtung gefunden. So existiert zu jenem speziellen Teil der nicht-etablierten Kleinparteien an den Rändern der die westlichen Demokratien zentral prägenden Links-Rechts-Achse eine ganze Reihe von Publikationen.¹⁴ Sie sind für eine generelle Theorie nicht-etablierter Kleinparteien aber noch nicht nutzbar gemacht worden. Den demokratischen nicht-etablierten Kleinparteien hat sich die Parteienforschung in deutlich geringerem Maße zugewandt. Bis in die 1990er Jahre hinein musste die 1974 erschienene Dissertation von Manfred Rowold als zentrale Monographie gelten.¹⁵ Daneben fanden nicht-etablierte Kleinparteien weniger in analytischen Studien, als in lexikalischen Arbeiten Beachtung.¹⁶ Erst in jüngster Zeit sind vermehrt Studien zu (nicht-etablierten) Kleinparteien erschienen.¹⁷

Dabei haben sich die Studien auch um die Entwicklung eigener theoretische Konzepte bemüht. Zentralen Stellenwert haben dabei Bestrebungen erfahren, den Themenkomplex Kleinparteien durch eigene Begrifflichkeiten stärker zu systematisieren. Dabei sind die beiden Kategorien „Kleinparteien“ und „Etabliert“ in den Mittelpunkt gerückt. Eine genaue

13 Diese kann dementsprechend auch als Indikator hierfür gewertet werden.

14 Vgl. als Überblick Steffen Kailitz: *Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland: Eine Einführung*, Wiesbaden 2004.

15 Manfred Rowold: *Im Schatten der Macht. Zur Oppositionsrolle der nicht-etablierten Parteien in der Bundesrepublik*, Düsseldorf 1974. Vgl. auch ders.: *Im Schatten der Macht. Nicht-etablierte Kleinparteien*, in: Alf Mintzel/Heinrich Oberreuter (Hg.): *Parteien in der Bundesrepublik Deutschland*, Bonn 1990, S. 311–362.

16 Richard Stöss (Hg.): *Parteienhandbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980*, 4 Bd., Opladen 1986.

17 Vgl. Uwe Jun/Henry Kreikenbom/Viola Neu (Hg.): *Kleine Parteien im Aufwind. Zur Veränderung der deutschen Parteienlandschaft*, Frankfurt a. M./New York 2006; Dirk van den Boom: *Politik diesseits der Macht? Zu Einfluss, Funktion und Stellung von Kleinparteien im politischen System der Bundesrepublik*, Opladen 1999; Hans-Jörg Dietsche: *Die kleineren Parteien im Zweikräftefeld des deutschen Volksparteiensystems. Eine funktionalistische Typologie unter Vergleich mit dem Vereinigten Königreich*, Frankfurt a. M. u.a. 2004; Jan Köhler: *Parteien im Wettbewerb. Zu den Wettbewerbschancen nicht-etablierter politischer Parteien im Rechtssystem der Bundesrepublik Deutschland*, Baden-Baden 2006; Andreas Schulze: *Kleinparteien in Deutschland. Aufstieg und Fall nicht-etablierter politischer Vereinigungen*, Wiesbaden 2004.

Definition des Begriffs der Kleinpartei wirft starke Probleme auf, da sich die damit bezeichneten Parteien sowohl in qualitativer (Programmatik, Kompetenzen der Mitglieder, etc.) als auch in quantitativer Hinsicht (Mitgliederzahl, Finanzierung, etc.) stark unterscheiden. Van den Boom bezeichnet eine Partei als Kleinpartei, wenn sie nicht „in signifikantem Maß aktiv und gestaltend am Entscheidungsprozess und an der Auswahl politischen Führungspersonal teilhat.“¹⁸ Dieser Definitionsversuch muss aber als eher ungeeignet eingeschätzt werden, da die Formel „nicht in signifikantem Maß“ keine genaue Abgrenzung erlaubt.¹⁹ Als vorteilhafter erscheint das Vorgehen, das Uwe Jun und Henry Kreikenbom vorgeschlagen haben. Diese setzen den Begriff der Kleinpartei in Kontrast zum auf Otto Kirchheimer zurückgehenden Modell der Volkspartei bzw. der Catch-all-Party.²⁰ Kirchheimer versuchte mit diesem Konzept, den beobachteten Wandel der Parteien in den 1950er Jahren analytisch zu fassen. Die bis dahin vorherrschende Konzentration auf das eigene Milieu wurde durch die Öffnung der Parteien für breite Wählersegmente abgelöst. Wahlerfolge konnten nicht mehr durch feste soziale Verankerung, sondern durch vermittelbare politische Inhalte und populäre Kandidaten erzielt werden. Den Volksparteien gelang es so, breite Wählerschichten an sich zu binden. Neben einer zahlenmäßig großen (und sozialstrukturell sehr heterogenen) Wählerschaft können eine hohe Mitgliederzahl,²¹ die Präsenz auf allen politischen Ebenen und in allen Regionen, sowie Beziehungen zu zahlreichen gesellschaftlichen Gruppen als Merkmale der Volksparteien gelten.²²

In einer Negativdefinition können alle jene Parteien als Kleinparteien bezeichnet werden, die nicht diese Merkmale aufweisen. Diesen Parteien ist gemein, dass sie nur eine geringe Mitgliederbasis aufweisen,²³ bei Wahlen nur ein begrenztes (stark homogenes) Wählerpotenzial an sich binden können, nur in bestimmten gesellschaftlichen Gruppen verankert sind und gezwungen sind, sich permanent als Machtfaktor im politischen System zu behaupten bzw. zu versuchen, Machtfaktor zu werden.²⁴

Jenseits dieser Gemeinsamkeiten existieren in dieser Gruppe von Parteien aber große Unterschiede etwa hinsichtlich der Mitgliedsstärke, der Wählerschaft, der Organisationsstrukturen oder der Finanzen, als auch in den Einflussmöglichkeiten auf die Politikgestaltung und der gesellschaftlichen Verankerung. Deshalb ist eine weitere Differenzierung innerhalb dieser Gruppe vorgeschlagen worden, die sich am Grad der Integration in den Politikgestaltungsprozess orientiert. Die von Dirk van den Boom eingeführte Unterschei-

18 Van den Boom: Politik diesseits der Macht?, S. 21.

19 Ebenso können kleine Parteien in Koalitionsregierungen in umfangreichen Maße an der Politikgestaltung beteiligt sein.

20 Otto Kirchheimer: Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems, in: Politische Vierteljahrschrift (1965) 6, 20–41.

21 Jun und Kreikenbom schlagen als quantifizierbare Größe mindestens 0,5% der Wahlberechtigten vor. Uwe Jun/Henry Kreikenbom: Nicht nur im Schatten der Macht. Zur Situation kleiner Parteien im deutschen Parteiensystem, in: Jun/Kreikenbom/Neu: Kleine Parteien, S. 13–36, hier S. 22.

22 Alf Mintzel: Die Volkspartei. Typus und Wirklichkeit. Ein Lehrbuch. Opladen 1984, S. 103–105.

23 Jun und Kreikenbom schlagen eine Mitgliederzahl von höchstens 0,2% der Wahlberechtigten als quantifizierbare Größe vor. Jun/Kreikenbom: Nicht nur im Schatten der Macht, S. 22.

24 Ebd., S. 21.

„verborgenen, nicht-etablierten Teil“ und einen „sichtbaren, etablierten Teil“ haben Uwe Jun und Henry Kreikenbom aufgegriffen und konkretisiert.²⁵ Demnach können Parteien als etabliert angesehen werden, wenn sie bei drei Wahlen hintereinander Mandate erringen konnten.²⁶ Die Gruppe der etablierten Parteien umfasst damit sowohl die Volksparteien, als auch die (dauerhaft) in den Parlamenten vertretenen Kleinparteien. Die Kategorie liegt somit quer zur Dichotomie von Volksparteien und Kleinparteien und beschreibt jene Gruppe von Parteien, die üblicherweise mit dem Begriff Parteiensystem bezeichnet werden.²⁷

Wenn im Folgenden in der Rückschau die seit Oktober 2007 fusionierten Parteien Linkspartei.PDS und WASG in Nordrhein-Westfalen genauer in den Blick genommen werden, steht damit der Teil der nicht-etablierten Kleinparteien im Mittelpunkt des Interesses. Die regionale Fokussierung auf ein westliches Bundesland hat zentral mit den unterschiedlichen Rollen der Linkspartei.PDS und WASG in den regionalen politischen Systemen in der Bundesrepublik zu tun. Denn während es der Linkspartei.PDS seit 1990 nicht gelang, sich in den westlichen Bundesländern durchzusetzen und sie dort Kleinpartei blieb, wurde sie in den neuen Ländern zu einer fest verankerten Größe, die bei Landtagswahlen breite Wählerschichten an sich binden konnte und in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern Regierungsverantwortung trug. Die zu erwartenden Veränderungen des deutschen Parteiensystems sind also vor allem Veränderungen in den regionalen Parteiensystemen in den alten Bundesländern. Nahezu umgekehrt verhält es sich mit der WASG, die ihre stärksten Landesverbände im Westen der Republik aufbauen konnte, während sie in den neuen Bundesländern nahezu bedeutungslos blieb. Die Konzentration auf Nordrhein-Westfalen als westliches Bundesland ist durch die zentrale Rolle der Landtagswahl 2005 bedingt, die für die Entwicklung der WASG und des Fusionsprozesses eine entscheidende Wegmarke darstellte. Dazu ermöglicht die regionale Perspektive prinzipiell einen genaueren Blick auf die Entwicklungen zu werfen und detaillierter auf Faktoren und Prozesse einzugehen.

Erschwert wird dieses Vorhaben durch eine schlechte Informationslage. Die Linkspartei.PDS hat zwar in der Politikwissenschaft durchaus Beachtung gefunden, die entsprechenden Publikationen verfolgen aber entweder eine extremismustheoretische Betrachtung²⁸ oder haben die Partei stark als ostdeutsche Regionalpartei analysiert.²⁹ Die westlichen Landesverbände der Linkspartei.PDS sind bisher kaum untersucht worden.³⁰ Die meisten der entspre-

25 Van den Boom: *Politik diesseits der Macht?*, S. 323

26 Jun/Kreikenbom: *Nicht nur im Schatten der Macht*, S. 22.

27 Vgl. grundlegend Giovanni Sartori: *Parties and Party Systems. A Framework for Analysis*, Cambridge 1976.

28 Vgl. etwa Jürgen P. Lang: *Ist die PDS eine demokratische Partei? Eine extremismus-theoretische Untersuchung*, Baden-Baden 2003.

29 Vgl. etwa Inka Jörs: *Postsozialistische Parteien. Polnische SLD und ostdeutsche PDS im Vergleich*, Wiesbaden 2006; Dan Hough: *The Fall and Rise of the PDS in Eastern Germany, 1989–2000*, Birmingham 2002.

30 Vgl. als eine der wenigen Ausnahmen Michael Koß: *Durch die Krise zum Erfolg? Die PDS und ihr langer Weg nach Westen*, in: Tim Spier/Felix Butzlaff/Matthias Micus/Franz Walter (Hg.): *Die Linkspartei. Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft?*, Wiesbaden 2007, S. 117–153.

chenden Studien stammen aus der parteinahen Rosa-Luxemburg-Stiftung, die die Entwicklung der Partei mit wissenschaftlichen Studien begleitet. Sie zeichnen sich dementsprechend durch eine enge politische Bindung und einem in den entworfenen Reformvorschlägen deutlich werdenden starken Praxisbezug auf.³¹

Die WASG ist dagegen bisher kaum wissenschaftlich untersucht worden.³² Neben einigen ebenfalls aus dem Umfeld der Rosa-Luxemburg-Stiftung stammenden Aufsätzen,³³ kann aber auf das breite Medienecho zurückgegriffen werden, das die Partei seit ihrer Gründung begleitet hat.³⁴

Auch wenn die Informationsdichte begrenzt ist, stehen zur Linkspartei.PDS und WASG in Nordrhein-Westfalen aber deutlich mehr Materialien zur Verfügung als für andere nicht-etablierte Kleinparteien, was auf besondere Konstellationen zurückzuführen ist: Die für den Bereich der nicht-etablierten Kleinparteien einmalige Existenz einer parteinahen Stiftung der Linkspartei.PDS, sowie das die WASG seit ihrer Gründung begleitende starke journalistische Interesse. Erst diese Umstände ermöglichen eine politikwissenschaftliche Analyse dieser beiden nicht-etablierten Kleinparteien. Gleichzeitig sind sie damit aber auch eher untypisch für diese Gruppe von Parteien, was die Ziehung allgemeiner Schlüsse erschwert, aber nicht verhindert. Vielmehr gilt es zu fragen, welche Besonderheiten Linkspartei.PDS und WASG in Nordrhein-Westfalen im Gegensatz zu anderen nicht-etablierten Kleinparteien aufweisen und nach der Bedeutung dieser Spezifika für den Etablierungsprozess zu fragen.

Als auffälligste Besonderheit bei der Linkspartei.PDS in Nordrhein-Westfalen erscheint ihr langes Bestehen als nicht-etablierte Kleinpartei. Allgemein scheinen nicht-etablierte Kleinparteien eher durch eine kurze Lebensdauer geprägt. Wie bei den schon angesprochenen Demokratischen Sozialisten verlieren Anfangsengagement bei ausbleibenden Erfolgen relativ schnell an Kraft und führen zur Auflösung der Partei. Die Linkspartei.PDS hingegen bestand trotz stark begrenzter Wahlerfolge seit 1990 in NRW. Es gilt also zu fragen, welche spezifischen Bestandbedingungen für die seit 1990 andauernde Existenz der Linkspartei.PDS als nicht-etablierte Kleinpartei in NRW verantwortlich waren. Die Frage zielt dabei in zwei Richtungen: Zum ersten fragt sie, warum die Partei trotz ausbleibender oder nur sehr begrenzter Erfolge aktionsfähig blieb und sich nicht auflöste. Zum zweiten fragt sie aber auch danach, warum die Partei nicht-etablierte Kleinpartei blieb, also nach jenen (internen) Faktoren, die eine Etablierung im nordrhein-westfälischen Parteiensystem verhinderten.

- 31 Meinhard Meuche-Mäker: Die PDS im Westen 1990–2005. Schlussfolgerungen für eine neue Linke, Berlin 2005; ders.: Die PDS im Westen, in: Michael Brie/Cornelia Hildebrandt (Hg.): Parteien und Bewegungen. Die Linke im Aufbruch, Berlin 2006, S. 123–136.
- 32 Vgl. als Ausnahme Heunemann: Die Kooperation von PDS und WASG; Oliver Nachtwey: Im Westen was Neues. Die Entstehung der Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit, in: Spier/Butzlaff/Micus/Walter: Die Linkspartei, S. 155–184.
- 33 Helge Meves: Die Wahlalternative – Eine andere Politik ist möglich, in: Michael Brie (Hg.): Die Linkspartei. Ursprünge, Ziele, Erwartungen, Berlin 2005, S. 24–31; ders.: Die Chronologie der WASG und ihrer Kooperation mit der Linkspartei.PDS, in: ebd., S. 31–32.
- 34 Vgl. zur Medienberichterstattung die Belege im Abschnitt „Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit: Inszenierter Wahlkampf und mediale Aufmerksamkeit“.

Ausgehend von der Überlegung, dass zur Bewahrung der Handlungsfähigkeit einer Partei ein Mindestmaß an interner Organisation und an Parteimitgliedern notwendig ist, wird sich die Arbeit hier auf die beiden Faktoren Mitglieder- und Organisationsentwicklung konzentrieren. Diese werden dabei auf ihren Zusammenhang mit der Wahlteilnahme und dem Wahlerfolg der Partei befragt.

Die WASG hingegen zeichnete sich nicht durch ihre lange Existenz, sondern durch das weitreichende öffentliche Interesse an ihr aus. Während nicht-etablierte Kleinparteien sonst kaum Beachtung finden, war die WASG seit ihrer Gründung in den deutschen Massenmedien vertreten. Sowohl die überregionalen Zeitungen als auch die Rundfunkanstalten verfolgten ihre Entstehung, sowie die organisatorische und programmatische Entwicklung. Es gilt also zu fragen, warum der WASG so große mediale Aufmerksamkeit zu Teil wurde. Der Text wird dies am Beispiel der Landtagswahl in NRW 2005 genauer untersuchen und dabei das öffentlichkeitsbezogene Agieren der Partei ebenso in den Blick nehmen, wie nach partei-externen Bedingungen der medialen Aufmerksamkeit zu fragen.

In dem nach der Bedeutung dieser die Linkspartei.PDS und WASG in besonderem Maße auszeichnenden Faktoren für den Etablierungsprozess im deutschen Parteiensystem gefragt wird, lassen sich auch generalisierende Schlussfolgerungen gewinnen. Die Ergebnisse können so zur Schließung der augenfälligen Forschungslücke im Bereich der nicht-etablierten Kleinparteien beitragen, gleichzeitig aber auch einen „schrägen Blick“ auf etablierte Thesen der Parteienforschung werfen. In dieser haben nämlich eben jene Faktoren „Mitgliedschaft“, „Organisationsstruktur“ und „Öffentlichkeit“ in den verbreiteten Thesen zu den Entwicklungsprozessen und Prognosen des Parteienwandels zentrale Bedeutung gefunden.

Die Stunde der Kleinparteien?

So wie der schon angesprochene Otto Kirchheimer in den frühen 1960er Jahren den beobachteten Wandel der Parteien durch einen neuen Parteitypen-Begriff (von der „Milieu-Partei“ zur „Catch-all-party“) beschrieben hat, so ist auch gegenwärtig versucht worden die Veränderungen der Parteien mit einer neuen Typologie terminologisch zu fassen. Auch wenn hierzu eine ganze Reihe unterschiedlicher Bezeichnungen³⁵ vorgeschlagen worden ist („Partei der Berufspolitiker“,³⁶ „professionalisierte Wählerpartei“,³⁷ „cartel party“,³⁸ „Rahmen-

35 Eine Diskussion der unterschiedlichen Bezeichnungen leistet Ludger Helms: Die Kartellparteien-These und ihre Kritiker, in: Politische Vierteljahresschrift (2001) 42, S. 698–708.

36 Klaus von Beyme: Funktionswandel der Parteien in der Entwicklung von der Massenpartei zur Partei der Berufspolitiker, in: Oscar Gabriel/Oskar Niedermayer/Richard Stöss (Hrsg.): Parteiendemokratie in Deutschland, Opladen 2002, S. 315–339.

37 Klaus von Beyme: Parteien im Wandel. Von den Volksparteien zu den professionalisierten Wählerparteien, Opladen 2000.

38 Richard S. Katz/Peter Mair: Changing Models of Party Organization and Party Democracy. The Emergence of the Cartel Party, in: Party Politics (1995) 1, S. 5–28.

partei“,³⁹ „professionalisierte Medienkommunikationspartei“⁴⁰), gründen sich all diese Überlegungen auf den gleichen Kern sozialer Veränderungen: 1. der zunehmende Bedeutungsverlust der Partei-Wähler-Bindungen und die daraus resultierende Zunahme an Wechselwählern;⁴¹ 2. die Veränderung der politischen Kommunikation durch die Medien, in der politische Parteien in verstärktem Maße mit Unterhaltungsangeboten und der kommerzialisierten Ausrichtung des Publikumsgeschmacks konkurrieren und ihre Kommunikation an den Medienstrukturen anpassen müssen;⁴² und 3. dem Wandel der modernen „Organisationsgesellschaft“,⁴³ in dem die Mitgliedschaft in Organisationen durch Werteveränderungen, Individualisierungsprozesse und einer quantitativen wie qualitativen Zunahme von Freizeit an Bedeutung verliert.

Die von den Parteien unternommenen Anpassungen an diese Entwicklungen führen dabei nicht, wie einige Autoren meinen, zu einem gesellschaftlichen Bedeutungsverlust der Parteien als solche,⁴⁴ aber zu fundamentalen Veränderungen innerhalb dieser. Parteien lassen sich nach Richard S. Katz und Peter Mair in drei Ebenen bzw. „three faces of party organizations“⁴⁵ differenzieren, die zwar interagieren, aber je eigene Interessen und Strategien verfolgen. Mit „party on the ground“ werden die einfachen Mitglieder, Parteikandidaten und Stammwähler bezeichnet, die prinzipiell durch die „party in the central office“ (Parteiführung und entsprechende Ämter) repräsentiert und zusammengehalten werden sollen. Die „party in public office“, also die Teile einer Partei, die in Parlamenten und Regierungen in der Öffentlichkeit agieren, sind durch ihre Rolle zentral für die Außenwahrnehmung der Partei verantwortlich. Eine solche Differenzierung ermöglicht die These der generellen Bedeutungsverlustes der Parteien insofern zu konkretisieren, „dass nicht die Bedeutung der Parteien als solche abnimmt, sondern nur die von einzelnen Teilen bzw. Ebenen, konkret der party on the ground, während die anderen beiden Ebenen durch die Anpassungsprozesse an veränderte Umweltbedingungen nicht nur stabil bleiben, sondern an Bedeutung gewinnen.“⁴⁶ Konkret werden mit dieser Entwicklung folgende Merkmale der neuen Parteien konsterniert:

1. Statt der in den Wandel von den Milieuparteien zu Volksparteien beobachtbarer Stärkung kommt es nun zu einer völligen „Dominanz der professionellen Parteilite gegenüber den Parteimitgliedern“ bei gleichzeitiger horizontaler Ausdifferenzierung der Partei-

39 Joachim Raschke: Die Grünen. Wie sie wurden, was sie sind, Köln 1993.

40 Uwe Jun: Der Wandel von Parteien in der Mediendemokratie. SPD und Labour Party im Vergleich, Frankfurt a.M./New York 2004.

41 Von Beyme: Parteien im Wandel, S. 191.

42 Vgl. Thomas Meyer: Mediokratie. Die Kolonisierung der Politik durch die Medien, Frankfurt a.M. 2001.

43 Vgl. hierzu Karl Bruckmeier: Kritik der Organisationsgesellschaft. Wege der systemtheoretischen Auflösung der Gesellschaft von M. Weber, Parsons, Luhmann und Habermas, Münster 1998.

44 Vgl. etwa Jürgen Dittberner: Sind die Parteien noch zu retten? Die deutschen Parteien: Entwicklungen, Defizite und Reformmodelle, Berlin 2004

45 Peter Mair: Party System Change. Approaches and Interpretations, Oxford 1997, Kap. 6.

46 Rüb: „Sind Parteien noch zu retten?“, S. 405.

spitze.⁴⁷ Dabei werden zunehmend auch parteiexterne Spezialisten (Public-Relations-Firmen, Werbeunternehmen etc.) in die Parteiaktivitäten eingebunden.

2. Ebenso stehen dem Bedeutungsverlust der einzelnen Mitglieder innerhalb der Volksparteien nun zunehmend „Parteien ohne Mitglieder“ gegenüber.⁴⁸ Ungünstige Altersstrukturen und eklatante Nachwuchsprobleme führen zu einer starken Verminderung der Mitgliedschaft. Die in den Parteien verbleibenden Mitglieder werden von den der professionellen Elite nur noch als ein spezifischer Teil des Wählermarktes betrachtet und behandelt: Innerparteiliche Kommunikation und Partizipation treten hinter einer medialen Kommunikation ‚von oben‘ zurück.
3. Parteien verlieren dadurch auch ihren grundsätzlichen Charakter als Organisationen der Interessensaggregation und -artikulation. An die Stelle des Transports von Wählerpräferenzen in das politische System tritt der Versuch der „politischen Manipulation von Wählerpräferenzen“.⁴⁹ Wahlkämpfe werden zentral von den Parteiliten mit Hilfe professioneller Spezialisten über mediale Kommunikationskanäle geführt. Wahlkampfstrategien werden dabei durch Marketing- und Werbetechniken bestimmt, „die auf politische Manipulation setzten statt auf Überzeugung“.⁵⁰ Parteien werden so von einer „bottom up‘ party to being a ‚top down‘ party“⁵¹ und verlieren ihre klassische Rolle als „Transmissionsriemen“.

Jenseits der damit verbundenen fundamentalen demokratietheoretischen Probleme⁵² lässt sich vor diesem Hintergrund argumentieren, dass sich die Etablierungschancen nicht-etablierter Kleinparteien prinzipiell verbessern. Sollten die Thesen des Bedeutungsverlustes der Basis und der Machtsteigerung der Parteiliten stimmen, müssten sich nicht-etablierte Kleinparteien nicht um die mühsame Massenwerbung von Mitgliedern und den Aufbau flächendeckender Organisationsstrukturen bemühen, sondern konnten das Augenmerk vielmehr auf die neuen Formen der Politikvermittlung legen, die mit entsprechenden Experten auch diesen Parteien prinzipiell offen stehen. Sollten Wahlkämpfe in Zukunft wirklich vor allem durch geglückte Manipulationen durch Werbekampagnen der Parteien entschieden werden, bietet sich nicht-etablierten Parteien gute Chancen mit medienwirksamen Kandidaten und den richtigen Marketing- und Webstrategien Mandate zu gewinnen. Inwieweit mit dem Parteienwandel wirklich diese „Stunde der Kleinparteien“ zu erwarten ist und wie viel Plausibilität die Entwicklungsthesen mit Blick auf die Linkspartei.PDS und die WASG in NRW entfalten können, ist die dritte – neben dem Potenzialen des Etablierungsprozesses und der Funktionen nicht-etablierter Kleinparteien – verfolgte Problemstellung.

47 Ebd., S. 407.

48 Ebd., S. 408.

49 Vgl. hierzu David Horowitz: *The Art of Political War and other Radical Pursuits*, Dallas 2000.

50 Rüb: „Sind Parteien noch zu retten?“, S. 409.

51 Peter Mair: Introduction, in: ders. (Hg.): *The West European Party System*, Oxford 1990, S. 1–22, hier S. 6.

52 Vgl. hierzu Rüb: „Sind Parteien noch zu retten?“, S. 418–421.

Linkspartei.PDS: Wahlteilnahme im Schatten der Mitgliederentwicklung⁵³

In Zusammenhang mit der deutschen Einheit und den gesamtdeutschen Wahlen hatte sich für die aus der Sozialistischen Einheitspartei (SED) entstandene Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) die Frage nach ihrer zukünftigen Rolle im politischen System der Bundesrepublik gestellt. Eine Ausweitung der Partei in die alten Bundesländer wurde von den Akteuren als zentraler Faktor für eine dauerhafte Etablierung der PDS im deutschen Parteiensystem gesehen. Von Beginn an stand der „Aufbau-West“ der PDS unter dieser Perspektive des gesamtdeutschen Anspruchs der Partei. Ursprünglich hatte die PDS beabsichtigt, zur Bundestagswahl 1990 mit bestehenden sozialistischen Organisationen in den alten Bundesländern eine Listenverbindung einzugehen und den Aufbau der Partei aus dieser Kooperation zu entwickeln. Das Bundesverfassungsgericht untersagte jedoch diese Konstruktion und zwang damit die PDS zur Gründung direkter Landesverbände in den westlichen Bundesländern.⁵⁴

In diesem Zusammenhang kam es zwei Wochen nach der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl, am 14. Oktober 1990, auch zur Gründung des nordrhein-westfälischen Landesverbandes. In ihrer Aufbauphase profitierte die PDS in NRW stark von dem engen Verhältnis ihrer Vorgängerpartei SED und der westdeutschen Deutschen Kommunistischen Partei (DKP).⁵⁵ Zahlreiche der frühen Aktivisten und Mitglieder waren aus der DKP zur PDS gewechselt oder waren durch eine eingerichtete Doppelmitgliedschaft in beiden Parteien verankert. Die Partei blieb jedoch stark auf dieses Milieu beschränkt, so dass nach Einschätzung des Verfassungsschutzes der Landesverband bis 1992 nicht mehr als 100 Mitglieder umfasste.⁵⁶ Erst Mitte der 1990er Jahre konnte die PDS ihre Mitgliederzahlen deutlich steigern. Im Verlauf des Jahres 1994 gelang es, die Mitgliederzahlen von 171 auf schließlich 450 Mitgliedern zu erhöhen. Nach Einschätzung des Verfassungsschutzes kann man „von diesem Zeitpunkt an (...) von einem bedingt lebensfähigen Landesverband reden.“⁵⁷ Zentralen Einfluss hatten hierbei Kontakte zwischen der PDS und der Partei Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK), die 1993 zur Bildung von Arbeitsgemeinschaften des BWK innerhalb verschiedenen westdeutschen PDS-Landesverbänden führten. In NRW erfolgte die Grün-

53 Eine erste Version des vorliegenden Beitrags entstand bereits Anfang des Jahres 2007. Auf Grund der Entwicklung der Parteifusion und der damit einher gehenden Umgestaltung der Internetauftritte der Parteien sind eine Reihe der hier herangezogenen Internetquellen nicht mehr verfügbar. Auf eine Aktualisierung der Quellenbelege wurde deshalb verzichtet. Die alten Internetauftritte der Linkspartei.PDS und der WASG sind bis Jahresende 2007 noch unter www.dielinke-nrw.de.inixdata.de/ und www.wasg-nrw.de erreichbar. Der Grossteil der hier herangezogenen Dokumente kann dort nachrecherchiert werden.

54 Vgl. zur Geschichte der PDS in Westdeutschland Meuche-Mäker: Die PDS im Westen; Koß: Durch die Krise zum Erfolg.

55 Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU „Die PDS in der nordrhein-westfälischen Politik und ihre Vernetzung mit verfassungsfeindlichen Gruppierungen und der politischen Linken“ (21.1.2002), Landtag Nordrhein-Westfalen (13. Wahlperiode), Drucksache 13/2183, S. 24. (Im Folgenden zitiert als: Große Anfrage der CDU)

56 Ebd., S. 3.

57 Ebd., S. 3.

derung der „AG BWK in der PDS NRW“ im November 1993, in die schließlich durch den Beschluss einer Landesmitgliederversammlung der gesamte Landesverband der BWK überführt wurde.⁵⁸ Auch der Erfolg der Partei bei der Bundestagswahl 1994 dürfte einen positiven Einfluss auf die Mitgliederzahlen gehabt haben.⁵⁹ Zwischen 1994 und 1997 stagnierten die Mitgliederzahlen um etwa 500 Mitglieder. Erst in den Jahren 1998/1999 stieg die Zahl der Mitglieder wieder deutlich auf schließlich 1.215 an. Ursächlich hierfür dürften wiederum der Wahlerfolg der PDS bei der Bundestagswahl 1998 und die Kommunalwahl 1999 in NRW sein, bei der die PDS sich erstmals umfangreich an einer regionalbezogenen Wahl in Nordrhein-Westfalen beteiligte. Ebenso gelang es der PDS 1999, mit ihrer Haltung zur deutschen Beteiligung am Kosovokrieg eine auch für westdeutsche Linke interessante Position als einzige konsequent pazifistische Friedenspartei für sich allein zu beanspruchen.⁶⁰

Seitdem hielt sich die Mitgliederzahl der PDS relativ konstant um 1.200 Mitglieder und stieg erst im Jahre 2005 durch den beginnenden Fusionsprozess mit der WASG merklich auf 1.500 Mitglieder an (siehe Tabelle 1).

Tabelle 1: Mitgliederzahlen der Linkspartei.PDS in NRW

Jahr	Selbstangaben der Linkspartei.PDS	Angaben des Verfassungsschutzes
1992	101	–
1993	175	–
1994	498	–
1995	548	520
1996	490	590
1997	556	540
1998	831	750
1999	1.215	1.000
2000	1.105 ^a	1.300 ^b
2001	1.138	1.105
2002	1.361	1.200
2003	1.219	1.300–1.400
2004	1.135	1.250
2005	1.583	vermutlich mehr als 1.350

a Das Absinken der Mitgliederzahl erklärt sich nicht durch einen tatsächlichen Verlust an Mitgliedern, sondern ist bedingt durch eine formale Überarbeitung der Mitgliederlisten.

b Die Schätzung des Verfassungsschutzes erfolgte vor Bekanntgabe der Karteibereinigung.

Quellen: Entwicklung der Mitgliederzahlen, <sozialisten.de/partei/daten/pdf/entwicklung_mitgliederzahlen_bis2005.pdf> (18.1.2007); Große Anfrage der CDU, S. 3; NRW-Verfassungsschutzberichte.

58 Ebd., S. 10. Im März 1997 änderte die AG BWK in der PDS NRW im Rahmen einer Satzungsänderung ihren Namen in „AG kommunistische Politik in der PDS NRW“.

59 Vgl. zur Bedeutung der Wahlerfolge und Wahlkämpfe für die Mitgliederentwicklung der westlichen Landesverbände der PDS Meuche-Mäker: Die PDS im Westen, S. 32–37.

60 Gero Neugebauer und Richard Stöss haben diese Beobachtung in ihrer „Vakuums-These“ formuliert, nach der die PDS Erfolge erzielen könne, wenn es ihr gelingt „linke“ Themen zu besetzen, die von der SPD nicht mehr integriert werden. Gero Neugebauer/Richard Stöss: Nach der Bundestagswahl 1998: Die PDS in stabiler Seitenlage?, in: Oskar Niedermayer (Hg.): Die Parteien nach der Bundestagswahl 1998, Opladen 1999, S. 133–135.

In einem engen Zusammenhang zur Mitgliederentwicklung vollzog sich der Ausbau der regionalen Organisationsstrukturen der Partei. Von Beginn an hatte sich die PDS um den Aufbau einer landesweit flächendeckenden Organisation bemüht, was ihr jedoch bis zum Fusionsprozess mit der WASG nicht gelang. Die Partei gliederte sich auf Landesebene in Basisgruppen (Ortsverbände) und Kreisverbände.⁶¹ Die lokalen Gliederungen sollten für die PDS vor allem die Funktion der Koordination vor Ort erfüllen, da der Landesparteitag als Vollversammlung der Mitglieder ohne Delegiertenprinzip veranstaltet wurde.⁶² Der Ausbau der lokalen Parteigliederungen setzte mit der ersten Mitgliedersteigerung Mitte der 1990er Jahre ein, durch die es der PDS gelang, in den meisten Großstädten des Landes Kreisverbände zu gründen. Die Übersicht (Tabelle 2) über die Entwicklung der lokalen Gliederungen zeigt zwar, dass es der PDS seitdem gelang, ihre lokale und regionale organisatorische Verankerung deutlich auszubauen. Dennoch dokumentiert sie auch, in welchem geringen Maße die PDS in NRW lokal verankert blieb. Trotz des langjährigen Bestehens gelang es der PDS nicht, in allen Regionen des Landes Parteigliederungen zu etablieren. Noch dramatischer sah es bei den Basisgruppen aus, die die Parteimitglieder in einzelnen Städten und Gemeinden organisieren sollten. In nur 21 der 396 nordrhein-westfälischen Städten und Gemeinden konnte die PDS diese Gruppen etablieren. Dabei entwickelte sich der Aufbau keinesfalls kontinuierlich. Vielmehr lösten sich Kreisverbänden und Basisgruppen nach einigen Jahren teilweise auch wieder auf. Nach Einschätzung des Verfassungsschutzes konnten darüber hinaus noch 2005 nicht alle bestehenden Kreisverbände als „handlungsfähig bezeichnet werden“.⁶³

Tabelle 2: Entwicklung der lokalen Gliederungen der Linkspartei.PDS in NRW

Jahr	Kreisverbände	Basisgruppen
1995	21	1
1996	19	3
1997	18	2
1998	22	7
1999	23	11
2000	36	24
2001	37	23
2002	–	–
2003	37	16
2004	37	17
2005	40	16
2006	44	21

Quellen: Eigene Berechnungen nach: Große Anfrage der CDU; PDS-Landesinfo (2003) 3, bis (2006) 6, <www.dielinke-nrw.de/364.html> (3.1.2007).

61 Landesstatut, VII. Gliederung der Partei in NRW, <www.dielinke-nrw.de/275.html> (17.1.2007).

62 Der Landesparteitag, <www.dielinke-nrw.de/277.html> (17.1.2007).

63 Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.): Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2005, Düsseldorf 2006, S. 99.

Welche zentrale Bedeutung die Mitgliederzahlen und die regionale Verankerung für die Handlungsfähigkeit der PDS in NRW hat, lässt sich deutlich an den Wahlbeteiligungen der Partei an der Kommunal- und Landtagswahlen zeigen. Für die Kommunalwahlen leuchtet die Bedeutung der regionalen Verankerung unmittelbar ein, fungieren hier die jeweiligen Gebietskörperschaften als eigene Wahlgebiete, in denen die Parteien jeweils eigene Kandidaten aufstellen müssen, um wählbar zu sein. Prinzipiell besteht damit für Parteien auch die Möglichkeit, sich auf besonders aussichtsreiche Städte und Gemeinden zu konzentrieren. Die Nicht-Beteiligung in bestimmten Wahlkreisen hat dabei keine Auswirkungen auf die Chancen in anderen Gebieten. Bei Landtagswahlen hingegen ist aber genau dieses der Fall. Nach nordrhein-westfälischem Wahlrecht sind Parteien nur wählbar, wenn sie mit Direktkandidaten in den Wahlkreisen vertreten sind. Können Wahlkreise nicht mit Kandidaten besetzt werden, steht die Partei hier nicht zur Wahl. Trotzdem wird aber der in nur einigen Wahlkreisen erzielte Stimmenanteil auf die Gesamtzahl der gültigen Stimmen bezogen.⁶⁴ Eine flächendeckende Kandidatur ist bei Landtagswahlen daher von besonderer Bedeutung.

Aus diesem Grund dokumentieren die Landtags- und Kommunalwahlen die durch die geringe Mitgliederzahl und die fehlende lokale Verankerung bedingte beschränkte Handlungsfähigkeit des PDS-Landesverbandes. Erstmals beteiligte sich die PDS im Oktober 1994 an einer regionalbezogenen Wahl in NRW. Bei den Kommunalwahlen trat die Partei aber nur in einem Landkreis (Rhein-Sieg-Kreis) an und erreichte mit 0,3 % der Stimmen keine Mandate.⁶⁵ An den Landtagswahl 1995 beteiligte sich die PDS erst gar nicht. Erst bei der nächsten Kommunalwahl 1999 bemühte sich der Landesverband massiv um Stimmen. Zunächst konzentrierte sich die Partei dabei auf einige lokale Schwerpunkte,⁶⁶ strebte aber zugleich mit einer Klage vor dem Landesverfassungsgericht die Aufhebung der 5 %-Hürde bei den Kommunalwahlen an. Nachdem der Klage, die die PDS zusammen mit der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP) gestellt hatte, vom Verfassungsgericht stattgegeben worden war,⁶⁷ bemühte sich die Partei in möglichst vielen kreisfreien Städten, Landkreisen und Gemeinden Kandidaten aufzustellen, was ihr in 26 von 427 Fällen gelang.⁶⁸ Landesweit erreichte die PDS damit nur 0,8 % der Wählerstimmen, war aber in den Wahlkreisen, in

64 Siehe zum nordrhein-westfälischen Wahlsystem Benjamin Beckmann: Das Landtagswahlrecht in Nordrhein-Westfalen (Diplomarbeit Universität Dortmund), <www.wahlrecht.de/doku/download/2006-beckmann-landtagswahlrecht-nordrhein-westfalen.pdf> (2.2.2007).

65 Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen: Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen 1994, Heft 3: Endgültige Ergebnisse, Düsseldorf 1994, S. 62–63. Dennoch konstituierte sich in der Wahlperiode durch den Übertritt zweier für die Grünen in den Stadtrat gewählter Abgeordneter in Heimbach (Eifel) im Mai 1996 die erste PDS-Fraktion in Westdeutschland. Meuche-Mäker: Die PDS im Westen, S. 58.

66 Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.): Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 1999, Düsseldorf 2000, S. 144.

67 Kleine Parteien: Ohne Hürde in den Rat, <www.wdr.de/themen/politik/nrw01/kommunalwahl_2004/wahlabend/fuenf_prozent.jhtml?rubrikenstyle=kommunalwahl_2004_wahlkampf> (10.1.2007).

68 Innenministerium: Verfassungsschutzbericht des 1999, S. 144. Die 427 Fälle gliedern sich in 23 Städten, 31 Kreisen und 373 kreisangehörigen Gemeinden.

denen sie kandidierte, fast überall erfolgreich.⁶⁹ Ihre besten Ergebnisse erreichte die Partei in den kreisfreien Städten Wuppertal (3,0%), Oberhausen (3,2%), Herne (3,4%) und Duisburg (4,2%). In Duisburg konnte sie in Fraktionsstärke (3 Mandate) in den Stadtrat einziehen. Insgesamt erreichte die PDS in den kreisfreien Städten 22 Mandate, während sie in den Landkreisen nur 5 Mandate und in den kreisangehörigen Gemeinden nur 6 Mandate gewinnen konnte. Dazu war sie in 19 Bezirksvertretungen in den kreisfreien Städten mit je einem Abgeordneten vertreten.⁷⁰ Ermöglicht wurde dieser Erfolg aber nur durch die Integration parteifremder Kandidaten, die auf den Listen der PDS antraten. Die Anzahl der Nichtparteimitglieder, die für die PDS kandidierten, konnte flächendeckend nicht mehr ermittelt werden. Am Beispiel der Stadt Düsseldorf zeigt sich aber die Bedeutung dieser parteiexternen Akteure für die PDS: In der Stadt erzielte die PDS zwei Mandate im Stadtrat und ein Mandat im Bezirksrat Düsseldorf III. Von diesen drei Abgeordneten, die über die Liste der PDS gewählt worden waren, stammten zwei Mandatsträger aus der örtlichen DKP.⁷¹ In Duisburg war die DKP mit einem Mitglied in der drei Mandate umfassenden PDS-Fraktion vertreten.⁷² Neben DKP-Mitgliedern kandidierten auch Mitglieder anderer Parteien sowie Personen ohne Parteizugehörigkeit auf den Listen der PDS. Die Wahlerfolge hatte die Partei also nicht aus eigenen Mitteln erreichen können. Vielmehr hatten regionale Verankerung und die Mitgliederstruktur weder dazu ausgereicht, möglichst flächendeckend in NRW zu kandidieren, noch hatte die PDS durch ihre geringe Mitgliederstärke die Listen innerhalb der abgetretenen Wahlkreise vollständig mit Parteimitgliedern besetzen können, so dass die Partei zahlreiche parteifremde Personen einbinden musste. Trotzdem wurde das „herausragende[] Wahlergebnis in Nordrhein-Westfalen“ von der Parteispitze als „Durchbruch“ gewertet.⁷³

Bei der Landtagswahl 2000 wollte die PDS an diese Erfolge anknüpfen und strebte einen Wählerstimmenanteil von 3% an, der mit 1,1% bei der Wahl aber deutlich verfehlt wurde.⁷⁴ Auch bei der Landtagswahl 2005 blieb die Partei mit 0,8% deutlich hinter ihren Erwartungen (2%) zurück.⁷⁵ Die Landtagswahlen dokumentieren noch deutlicher als die Kommunalwahlen, welche Probleme durch die geringe Mitgliederzahl und die begrenzte regionale Verankerung bei der Wahlbeteiligung erwachsen.⁷⁶ Die Kreiswahlvorschlagslisten lassen hier eine genauere Analyse der Struktur der Direktkandidaten der PDS zu.

Bei den Landtagswahlen kam die PDS ihrem Ziel einer flächendeckenden Kandidatur deutlich näher. Ihr gelang es aber trotzdem nicht, in allen Wahlkreisen Kandidaten aufzu-

69 In den 26 Wahlkreisen, in denen die PDS antrat erreichte sie in 24 Wahlkreisen Mandate.

70 Vgl. die Übersicht in Große Anfrage der CDU, S. 29–32.

71 Kommunal: Linke Erfolge, <www.kpoe.at/presseblick/0893.html> (20.1.2007).

72 Innenministerium: Verfassungsschutzbericht des 1999, S. 145.

73 Ebd., S. 145.

74 Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.): Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2000, Düsseldorf 2001, S. 163.

75 Innenministerium: Verfassungsschutzbericht 2005, S. 99.

76 Auch bei der Landtagswahl bemühte sich die PDS um eine Kooperation mit parteifremden Kandidaten. Mit der DKP konnte diesmal aber keine diesbezügliche Übereinstimmung gefunden werden. (Innenministerium: Verfassungsschutzbericht 2000, S. 162–163.)

stellen, um wählbar zu sein. Vor allem in den ländlichen Regionen stellte dies die Partei vor Probleme. So suchte die PDS noch drei Monate vor der Wahl im Mai 2000 „händeringend“ nach Direktkandidaten für Ostwestfalen und dem Hochsauerlandkreis.⁷⁷ Während die Anzahl im Jahre 2000 mit drei nichtbesetzten Wahlkreisen gering gehalten werden konnte, war die Partei bei der Landtagswahl 2005 durch fehlende Kandidaturen von knapp 10 % der Wähler nicht wählbar. Ebenso zeugt die Zahl der mit ortsfremden Kandidaten besetzten Wahlkreise von den Problemen der fehlenden flächendeckenden Verankerung in NRW für die Wahlteilnahme.⁷⁸ Bei der Wahl 2000 konnte die PDS in 16,56 % der Wahlkreise, in denen sie antrat, nicht auf örtliche Kandidaten zurückgreifen, sondern musste Personen aus anderen Wahlkreisen nominieren. Fünf Jahre später war dies sogar in knapp einem Fünftel der Wahlkreise der Fall.

Tabelle 3: Landtagswahlen: Wahlkreisbesetzung

	PDS bei der Landtagswahl 2000	PDS bei der Landtagswahl 2005	WASG bei der Landtagswahl 2005
Nicht besetzte Wahlkreise	3 (1,99 %)	12 (9,36 %)	0
Ortsfremd besetzte Wahlkreise	25 (16,56 %)	25 (19,53 %)	7 (5,47 %)

Quellen: Eigene Berechnungen nach der Kreiswahlvorschlagsliste 2000, <www.wahlen.lids.nrw.de/landtagswahlen/2000/w_land6.html>, und der Kreiswahlvorschlagsliste 2005 <www.wahlen.lids.nrw.de/landtagswahlen/2005/bewerber/Kreiswahlvorschlaege.pdf> (3.1.2007).

Ohne auf genaue Daten zurückgreifen zu können, kann begründet vermutet werden, dass sich die fehlende Ortsverbundenheit der Kandidaten negativ auf die Wahlchancen der Partei ausgewirkt hat. Durch fehlende Parteistrukturen vor Ort fehlen den Kandidaten Aktivisten für den Wahlkampf und die Parteimitglieder als relativ sichere Wählergruppe. Darüber hinaus hat der ortsfremde Kandidat nur einen ungenügenden Einblick in lokale Besonderheiten und ist vor Ort nicht bekannt.

Ebenso kann vermutet werden, dass die Alters- und Berufsstruktur der PDS-Kandidaten einen Einfluss auf ihre Wahlchancen hatte.⁷⁹ Die hier zu Vergleichszwecken erhobenen Werte der SPD bei der Landtagswahl 2005 zeigen, dass der größte Teil ihrer Kandidaten zwischen 46 und 65 Jahre alt war, was sich in einem Durchschnittsalter von 49,57 Jahren niederschlägt. Die relativ geringe Standardabweichung von 8,51 verdeutlicht, in welchem starken Maße sich der Grossteil der Kandidaten um diesen Mittelwert gruppiert. Die PDS weist bei beiden Landtagswahlen eine deutlich andere Altersstruktur ihrer Kandidaten auf.

77 Offensive West, <www.nadir.org/nadir/periodika/jungle_world/_2000/06/10b.htm> (20.1.2007).

78 Als ortsfremd wird hier ein Kandidat angesehen, dessen Wohnsitz nicht in seinem Wahlkreis liegt.

79 Vgl. hierzu Christian Handschell: Handbuch zur Statistik der Parlamente und Parteien in den westlichen Besetzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland: Abgeordnete in Bund und Ländern. Mitgliedschaft und Sozialstruktur 1946–1990, Bonn 2002.

Am auffälligsten ist eine im Vergleich zur SPD große Gruppe von sehr jungen Kandidaten (unter 25 Jahren), die bei der Landtagswahl 2005 über 13 % (2000: 6,08 %) der Kandidaten ausmachte. Ebenfalls ist die Gruppe der 26 bis 45 jährigen Kandidaten deutlich größer, was sich auch im deutlich geringeren Durchschnittsalter (2000: 41,31 Jahre; 2005: 42,99 Jahre) niederschlägt. Auffälligster Unterschied ist dabei die Standardabweichung, die mit 12,13 (Wahl 2000) bzw. 23 (Wahl 2005) deutlich höher als bei der SPD ist und auf die starken Altersdifferenzen zwischen den Kandidaten verweist.

Tabelle 4: Landtagswahlen: Altersstruktur der Direktkandidaten

	PDS bei der Landtagswahl 2000	PDS bei der Landtagswahl 2005	WASG bei der Landtagswahl 2005	SPD bei der Landtagswahl 2005
bis 25 Jahre	9 (6,08 %)	17 (13,28 %)	1 (0,78 %)	0
26 bis 45 Jahre	86 (58,11 %)	50 (39,06 %)	40 (31,25 %)	41 (32,03 %)
46 bis 65 Jahre	55 (37,16)	55 (42,97 %)	82 (64,06 %)	84 (65,63 %)
über 65 Jahre	7 (4,73 %)	6 (4,69 %)	5 (3,91 %)	3 (2,34 %)
Durchschnittsalter	41,31 Jahre	42,99 Jahre	41,31 Jahre	42,99 Jahre
Standardabweichung	12,13	23,00	8,78	8,51

Quellen: Eigene Berechnungen nach der Kreiswahlvorschlagsliste 2000, <www.wahlen.lids.nrw.de/landtagswahlen/2000/w_land6.html>, und der Kreiswahlvorschlagsliste 2005 <www.wahlen.lids.nrw.de/landtagswahlen/2005/bewerber/Kreiswahlvorschlaege.pdf> (3.1.2007).

Bedingt durch diese Altersstruktur ist die Gruppe der noch nicht oder nicht mehr Berufstätigen an den PDS-Direktkandidaten besonders groß. (Wahl 2000: 21,62%; Wahl 2005: 29 %) Dieser Gruppe können besonders schlechte Wahlchancen unterstellt werden, da sie den Wählern als wenig geeignet für eine mögliche Aufgabe im Parlament erscheinen. Insbesondere der große Anteil an Schülern, Auszubildenden und Zivildienstleistenden kann nur wenige bis keine entsprechenden Kompetenzen aufweisen.⁸⁰

80 Vgl. Handschell: Abgeordnete in Bund und Ländern, der in keinem Parlament Schüler oder Studenten nachweisen konnte.

Tabelle 5: Landtagswahlen: Anteile der Nichtberufstätigen an den Direktkandidaten

	PDS bei der Landtagswahl 2000	PDS bei der Landtagswahl 2005	WASG bei der Landtagswahl 2005
Schüler, Auszubildende, Zivildienstleistende	10 (6,76 %)	6 (6,96 %)	0
Studenten	12 (8,11 %)	13 (15,08 %)	3 (3,84 %)
Rentner	10 (6,76 %)	6 (6,96 %)	5 (6,4 %)
gesamt	32 (21,62 %)	25 (29,0 %)	8 (10,24 %)

Quellen: Eigene Berechnungen nach der Kreiswahlvorschlagsliste 2000, <www.wahlen.lds.nrw.de/landtagswahlen/2000/w_land6.html>, und der Kreiswahlvorschlagsliste 2005 <www.wahlen.lds.nrw.de/landtagswahlen/2005/bewerber/Kreiswahlvorschlaege.pdf> (3.1.2007).

Dass die PDS in Nordrhein-Westfalen trotzdem stark auf diese Personengruppen zurückgreifen musste, um wenigstens die erreichte Anzahl an Wahlkreisen zu besetzen, verdeutlicht nachdrücklich, welche strukturellen Nachteile der Partei aus ihrer spezifischen regionalen Verankerung und Mitgliederstruktur erwachsen. Diese Faktoren haben so zentral dazu beigetragen, eine Etablierung der PDS im nordrhein-westfälischen Parteiensystem zu verhindern.

Das die Linkspartei.PDS trotz dieser relativen Erfolglosigkeit auf eine über 15jährige Geschichte in NRW zurückblicken kann, ist zentral auf den Einfluss der Bundespartei zurückzuführen. Durch den gesamtdeutschen Anspruch der Partei erhielten die Westverbände starke Unterstützung, die sich zentral in Finanzmitteln ausdrückte, die in einem innerparteilichen Finanzausgleich durch die ostdeutschen Landesverbände bereitgestellt wurden. Im 2006 waren hierfür insgesamt 300.000 Euro vorgesehen.⁸¹ Neben der Finanzierung haben vor allem die Erfolge der PDS im Bund zentral zur die PDS in NRW auszeichnenden Stabilität beigetragen.⁸²

81 Siehe hierzu Heunemann: Die Kooperation der PDS und WASG, S. 8. Finanzplan der Linkspartei. PDS, <sozialisten.de/partei/daten/finanzen/plan2006/finanzplan2006_pv.pdf> (5.1.2007).

82 Vgl. zur Bedeutung der Bundespartei für die westlichen Landesverbände Meuche-Mäker: Die PDS im Westen.

Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit: Inszenierter Wahlkampf und mediale Aufmerksamkeit

Die WASG konnte bei ihrer ersten Wahlbeteiligung in Nordrhein-Westfalen mit 2,2 % der Wählerstimmen ein deutlich besseres Ergebnis einfahren, als es der PDS bei sämtlichen Wahlen in NRW gelungen ist.⁸³ Dass dies erreicht werden konnte, hat auch zentral mit der regionaler Verankerung und der Mitgliederstruktur der WASG zu tun. Wie aus den Tabellen ersichtlich, weist die WASG hier bessere Werte auf als die PDS: Trotz ihrer kurzen Bestandsdauer hat sie 1.738 Mitglieder gewinnen können, mehr als die PDS in ihrer 15jährigen Entwicklung in NRW.⁸⁴ Bei der Landtagswahl 2005 gelang es ihr alle Wahlkreise zu besetzen.⁸⁵ Dabei musste die WASG in nur sieben Wahlkreisen auf ortsfremde Kandidaten zurückgreifen, was auf eine deutlich breitere regionale Verankerung schließen lässt, die sich auch in der Anzahl der Kreisverbände ausdrückt.⁸⁶

Die günstigeren strukturellen Ausgangsbedingungen der jungen Partei alleine erklären aber noch nicht das respektable Wahlergebnis, stellen sie letztlich doch nur die Wählbarkeit der WASG in ganz NRW sicher. Dass die WASG einen deutlich höheren Stimmzuspruch erreichen konnte, als es der PDS jemals in NRW gelang, hat mit einer ganzen Reihe von Faktoren zu tun. Als zentral kann hierbei die bereits erwähnte starke – für nicht-etablierte Kleinparteien außergewöhnliche – Medienpräsenz der WASG betrachtet werden.⁸⁷ Massenmedien sind in den modernen Demokratien zu den zentralen Instrumenten für die öffentliche Kommunikation von Parteien geworden, derer diese bedürfen, um Positionen breitwirksam vermitteln zu können.⁸⁸ Sie verfügen aber nur über eingeschränkte Zugangsmöglichkeiten zu diesen, die durch die aus zwei unterschiedlichen Regelsystemen konstituierte „Logik des Mediensystems“ bestimmt wird:⁸⁹ Zum einen folgen Massenmedien dem System der Selektionslogik, das über die Auswahl berichtenswerter Ereignisse nach Maßgabe ihres Nachrichtenwerts entscheidet.⁹⁰ Zum anderen erfolgt die Darstellung der Ereignisse nach einer speziellen Präsentationslogik, die aus einem Kanon aufmerksamkeitsgenerierender Inszenierungsformen (etwa Dramatisierung, Emotionalisierung, Personalisierung) besteht

83 Ihr bestes Ergebnis erzielte die PDS bei der Bundestagswahl 1998 mit 1,2 %.

84 Heunemann: Die Kooperation von PDS und WASG, S. 26.

85 Welchen Aufwand dies für die WASG bedeutete, zeigt sich etwa an der Äußerung des Mitglied des Bundesvorstandes Klaus Ernst, der nach der Wahl das Wahlergebnis mit den Worten bewertete: „Es war schon eine unglaubliche Leistung, als neue Partei in allen Wahlkreisen angetreten zu sein.“ (Linkspartei scheitert, in: taz vom 23. Mai 2005, S. 3.)

86 Anfang 2007 war die WASG in allen Kreisen und kreisfreien Städten des Landes mit eigenen Kreisverbänden vertreten. Kreisverbände, <wasg-nrw.de/2.o.html> (3.1.2007).

87 Auch wenn an dieser Stelle keine quantitative Presseanalyse geleistet werden kann, zeugen die angeführten Beispiele vom umfangreichen medialen Interesse an der WASG.

88 Jun: Der Wandel von Parteien in der Mediendemokratie, S. 38–42.

89 Thomas Meyer: Mediokratie. Auf dem Weg in eine andere Demokratie?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (2002) B15–16, S. 8.

90 Vgl. Wilfried Schulz: Die Konstruktion von Realität in den Nachrichtenmedien. Analyse der aktuellen Berichterstattung, Freiburg/München 1976.

und dadurch ein anhaltendes möglichst breites Publikumsinteresse sicherstellen will.⁹¹ „Dieser Logik des Mediensystems ist alles unterworfen, was im Mediensystem hervorgebracht wird: jede Information und jeder Bericht über alle anderen gesellschaftlichen Teilsysteme und deren Leitungen.“⁹² Auch Parteien müssen der Selektions- und Präsentationslogik Rechnung tragen, wollen sie in den Massenmedien Beachtung finden. Die mediale Präsenz der WASG hing dementsprechend eng mit diesen Regelsystemen zusammen. Dabei begünstigte bereits die spezifische Entwicklung der jungen Partei die Aufmerksamkeit der Massenmedien.

Die WASG hat ihre Wurzeln in den Protesten gegen die Agenda 2010 und insbesondere den Hartz-Reformen.⁹³ In seiner Regierungserklärung 2003 hatte Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) umfangreiche Reformen des Arbeitsmarktes und der Sozialsysteme angekündigt, um Deutschland „bis zum Ende des Jahrzehnts bei Wohlstand und Arbeit wieder an die Spitze [zu] bringen.“⁹⁴ Teil des Reformprogramms waren die nach dem Leiter der von der Bundesregierung eingesetzten Expertenkommission Peter Hartz benannten Hartz-Gesetze. Insbesondere das Vierte der Reformgesetze löste innerhalb der SPD, der Gewerkschaften und der Bevölkerung starke Kritik aus, die die Regierung in ein Umfragetief von 24 % Zustimmung stürzte und Gerhard Schröder zum Rücktritt als Bundesvorsitzender der SPD zwang.⁹⁵ Dennoch blieb die Diskussion um die Sozialpolitik virulent und bildet auch gegenwärtig noch eine der zentralen gesellschaftlichen Debatte, auch wenn sie die Kritik nicht mehr in Massendemonstrationen wie im Sommer 2004 artikuliert.⁹⁶

Vor diesem Hintergrund entstanden im Frühjahr 2004 zwei Gruppierungen, die Unmut und Protest über die Sozialpolitik der Regierung Schröder organisatorisch bündeln wollten.⁹⁷ Am 5. März 2004 trafen sich in Berlin etwa 30 Hartz-Gegner aus Gewerkschaften, der SPD und der globalisierungskritischen Organisation Attac.⁹⁸ Dabei wurde auch schon über die Möglichkeit einer Parteigründung und Wahlteilnahme an der Bundestagswahl 2006 gesprochen.⁹⁹ Die bei dem Treffen erarbeiteten Positionen waren bereits wenige Tage später über die Internetseite <www.wahlalternative.de> veröffentlicht.¹⁰⁰ Sie stieß auf ein breites

91 Thomas Meyer: *Die Inszenierung des Scheins. Voraussetzungen und Folgen symbolischer Politik*, Frankfurt a.M. 1992.

92 Thomas Meyer: *Mediokratie. Auf dem Weg in eine andere Demokratie?*, S. 8.

93 Vgl. zum Folgenden Oliver Nachtwey/Tim Spier: *Günstige Gelegenheit? Die sozialen und politischen Entstehungshintergründe der Linkspartei*, in: Spier/Butzlaff/Micus/Walter: *Die Linkspartei*, S. 13–69.

94 Regierungserklärung durch den Bundeskanzler betr. Mut zum Frieden und Mut zur Veränderung, Bundestag Plenarprotokoll 15/32 (14.3.2003), S. 2479B-2493C.

95 Schröder macht halblang, in: *taz* vom 7.2.2004, S. 1.

96 Vgl. hierzu Hartz IV schmilzt im Protest-Sommer, <www.stern.de/politik/deutschland/?id=528133&nv=cp_L2_tt> (8.1.2007).

97 Vgl. ausführlich zur Entstehung der WASG Nachtwey: *Im Westen was Neues*.

98 Die Teilnehmer stammten dabei aus Berlin, dem Ruhrgebiet und Norddeutschland.

99 Gewerkschafter wollen neue SPD gründen, in: *taz* vom 8. März 2004, S. 14.

100 Der Aufruf ist abgedruckt in: *Sozialismus* (2004) 4, S. 17.

Interesse, was sich an der großen Zahl von 1.500 Registrierungen zeigt, die die Webseite für den wöchentlichen E-Mail-Newsletter innerhalb der ersten Woche verzeichnete.¹⁰¹

Neben der Wahlalternative hatte sich in Bayern eine Gruppe regionaler IG-Metall-Vertreter organisiert, die sich „Initiative Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ (ASG) nannte und ebenfalls per Internetkommunikation versuchte, Sympathisanten und Aktivisten zu organisieren. Beide Gruppen standen von Beginn an in Kontakt und bemühten sich um eine Zusammenarbeit, die im Mai 2004 in der Fusion zur „Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ (WASG) ihren Abschluss fand.¹⁰²

Aus Sicht der „Logik des Mediensystems“ bot dieser spezifische Entstehungskontext der WASG ein großes Potenzial für eine Berichterstattung, das sich vor allem auf zwei Faktoren bezog: Zum einen war die Entstehung der WASG in den Kontext der gesellschaftlichen Diskussion über die Agenda 2010 und die Hartz-Gesetzgebung eingebunden. Von deren großer politischer Relevanz und dem damit einhergehenden hohen Nachrichtenwert profitierte auch die WASG. Die junge Partei konstituierte immer wieder kurzweilige Ereignisse, an denen die Medien die gesellschaftliche Diskussion thematisieren konnten. Die Berichterstattung konzentrierte sich dementsprechend stark um die Gründungstreffen der Wahlalternative, der ASG und die Fusionskonferenz und rückten den Zusammenhang der Organisationen mit den Agenda 2010-Protesten in den Mittelpunkt.¹⁰³

Zum anderen stand sie von Beginn an, in dem sie sich stark aus Mitgliedern des klassischen sozialdemokratischen Milieus (Gewerkschaftern, linken Politikern) rekrutierte, in deutlicher Konkurrenz zur SPD. Der Konflikt fand seinen Ausdruck in den Parteiausschlussverfahren, die die SPD gegen die ASG-Initiatoren und später gegen WASG-Mitglieder einleiteten. Die Spannungen zwischen SPD und WASG boten für eine mediale Aufarbeitung reichliche Möglichkeiten der Dramatisierung und Personalisierung des Geschehens und entsprachen damit notwendigen Konventionen der Präsentationslogik. Dementsprechend zahlreich sind die Beispiele für eine mediale Berichterstattung über die WASG unter dieser Konkurrenzperspektive.¹⁰⁴ Beispielhaft kann einer der ersten Artikel gelten, der das Gründungstreffen der Wahlalternative in Berlin unter der Überschrift „Gewerkschafter wollen neue SPD gründen“ thematisierte und den Text mit den Worten einleitete: „Einige Gewerkschafter, Attac-Aktive und andere sozial Bewegte sind Tag für Tag verstimmt über die Politik der SPD. Nun entlädt sich ihr Missmut in einem Projekt.“¹⁰⁵

101 Heunemann: Die Kooperation von PDS und WASG, S. 13.

102 Und im Foyer, da lacht Karl Marx, in: taz vom 21. Juni 2004, S. 6.

103 Vgl. beispielhaft Fünf Prozent im Visier. Die linke Konkurrenz der SPD, in: Süddeutsche Zeitung vom 16. Dezember 2004, S. 2, die in ihrem Artikel über die Herkunft der WASG schrieb: „Im Sog dieser Hartz-IV-Proteste formierte sich die ‚Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit‘.“

104 Vgl. etwa Gewerkschafter wollen neue SPD gründen, in: taz vom 8. März 2004, S. 14; Linksbündnis will zur NRW-Wahl antreten. Risiko für die SPD, in: Die Welt vom 22. November 2004; Fünf Prozent im Visier. Die linke Konkurrenz der SPD, in: Süddeutsche Zeitung vom 16. Dezember 2004, S. 2.

105 Gewerkschafter wollen neue SPD gründen, in: taz vom 8. März 2004, S. 14.

Die Berichterstattung war aber nicht nur Folge eines günstigen Entstehungskontextes, vielmehr bemühte sich die WASG um eine aktive Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Die ASG hatte dafür bereits im Frühjahr 2004 ein Pressebüro eingerichtet, das täglich besetzt war und die Öffentlichkeitsarbeit koordinierte.¹⁰⁶ Die diesbezüglichen Anstrengungen nahmen nach der Entscheidung zur Wahlteilnahme in NRW auf der Bundeskonferenz im November 2004 in Nürnberg noch deutlich zu.¹⁰⁷ Die Außendarstellung wurde dabei stark an den Mechanismen der Medienlogik ausgerichtet.¹⁰⁸

Zentrale Bedeutung hatte dabei die Selbststilisierung der WASG als Sozialabbaugegner. Obwohl die WASG zur Landtagswahl in NRW ein 23 Seiten langes und auch inhaltlich breites Wahlprogramm beschlossen hatte,¹⁰⁹ konzentrierte sich die Partei in ihrer Außendarstellung stark auf den Protest gegen die Agenda 2010. Die von der Partei im Landtagswahlkampf verbreiteten Flyer thematisierten ausschließlich unterschiedliche Dimensionen der Sozialpolitik (Agenda 2010, unbezahlte Mehrarbeit, Hartz-IV, Gesundheitswesen, Lohnnebenkosten) und wandten sich hier jeweils gegen Leistungsabbau und Verschlechterungen. Ganz gezielt machte sich die WASG dabei zum Anwalt der „kleinen Leute“: „Wir sind parteilich auf der Seite derer, die durch eigene Arbeit ihren Lebensunterhalt sicher [sic!] müssen, parteilich auf der Seite der Erwerbslosen, parteilich auf der Seite der Opfer des Sozialabbaus.“¹¹⁰ In einem anderen Flugblatt hieß es: „Ob die Arbeit zu teuer ist, entscheiden nicht die Konzernzentralen, sondern die Millionen Beschäftigten. Die WASG steht dabei an ihrer Seite!“¹¹¹ In der Medienberichterstattung wurde die WASG in Folge dessen stark mit dem Protest gegen die bestehende Sozialpolitik in Verbindung gebracht,¹¹² und konnte so öffentlich eine in der Gesellschaft relevante Position für sich behaupten, die von keiner etablierten Partei beansprucht wurde.

Die mit der thematischen Fokussierung einhergehende Abgrenzung von den anderen Parteien artikulierte die WASG ganz bewusst und brachte diese schon in ihrer Selbstbeschreibung als „Wahlalternative“ zur Geltung. In ihren Erklärungen griff sie immer wieder

106 Werbeanzeige der ASG, in: Sozialismus (2004) 4, S. 21.

107 Zum genauen Ablauf der Bundeskonferenz vgl. Heunemann: Die Kooperation von PDS und WASG, S. 15–16.

108 In der öffentlichen Debatte, wie in der wissenschaftlichen Forschung ist dies vor allem in Zusammenhang mit dem Populismus-Begriff diskutiert worden. Der Begriff umfasst aber mehr als einen Art der Politikgestaltung sondern auch ideologische Elemente, die hier aber nicht betrachtet werden können, weshalb auch der Begriff keine Verwendung findet. Vgl. grundsätzlich Frank Decker (Hg.): Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?, Wiesbaden 2006. Siehe zur WASG Florian Hartleb/Franz Egon Rode: Populismus und Kleinparteien. Das Beispiel der Linkspartei.PDS und der WASG vor dem Hintergrund der Bundestagswahl 2005, in: Jun/Kreikenbom: Nicht nur im Schatten der Macht, S. 161–178.

109 Arbeit, soziale Gerechtigkeit und Bildung für alle. Für ein soziales NRW, <wasg-nrw.de/uploads/media/Landtagswahlprogramm_NRW.pdf> (8.1.2007).

110 Wahlprogramm der WASG (Kurzfassung), <wasg-nrw.de/uploads/media/WahlProgramm2005_Kurz.pdf> (17.1.2007).

111 Lüge Nr. 5: „Die Arbeit ist zu teuer, die Lohnnebenkosten müssen runter“, <wasg-nrw.de/uploads/media/luege-5.pdf> (17.1.2007).

112 Vgl. etwa Voodoo in Orange, in: Frankfurter Rundschau vom 25. April 2005, S. 3.

die anderen Parteien und hier insbesondere die SPD an und generierte sich so als Alternative zur bestehenden Politik. Deutlich zum Ausdruck kam dies bereits in dem den globalisierungskritischen NGOs entlehnten Slogan der Landtagswahl „Eine andere Politik ist möglich“. Explizit formulierte die WASG in einem Wahlkampfflyer: „Die Parteien im Bundestag und im Düsseldorfer Landtag sind sich mit der Bundes- und Landesregierung in allen wesentlichen Fragen einig. Eine Opposition gibt es nicht. Widerspruch findet im Parlament nicht statt. SPD, Grüne, FDP, CDU und CSU sind eine einzige neoliberale Einheitspartei. (...) Dabei haben gerade die letzten Tage gezeigt, dass eine sehr große Mehrheit eine deutliche Kritik am gegenwärtigen Kapitalismus wünscht. (...) Die WASG steht für diese Kritik und eine daraus abgeleitete Politik.“¹¹³ Zur Selbststilisierung als Anti-Sozialabbau-Partei trat so die Rolle einer Protestpartei hinzu, die grundsätzliche Unzufriedenheit über die bestehende Politik insbesondere der SPD, aber auch über die Gesamtheit der etablierten Parteien artikuliert.¹¹⁴

Wie sich in den angeführten Zitaten bereits angedeutet hat, zeichnete die Öffentlichkeitsarbeit der WASG im Wahlkampf ein spezifischer Stil auf, der stark auf verbreitete mediale Inszenierungsformen zurückgriff. Eine zentrale Rolle spielte dabei die Dramatisierung und Emotionalisierung der kommunizierten Inhalte: Auf den bereits angesprochenen Wahlkampfflyern wurden vermeintliche common-sense-Argumente der staatlichen Sozialpolitik in direkter Rede zitierte (etwa „Zur Agenda 2010 gibt es keine Alternative!“) und als „Lüge“ titulierte. Ebenso nutzte die WASG kurze provokante Slogans wie „Hartz-IV bringt Armut statt Arbeit“ zur Verdeutlichung ihrer Position.¹¹⁵ Am deutlichsten fand die Dramatisierung Ausdruck in dem Rundfunk-Spot der Partei, die im Stil der WDR-Kinderfernsehsendung „Sendung mit der Maus“ das Schicksal eines einzelnen Arbeitslosen thematisierte.¹¹⁶

Die Öffentlichkeitsarbeit der WASG war in einer doppelten Perspektive erfolgsversprechend: Zum einen orientierte sie sich, wie das gesamte Mediensystem am Rezeptionsverhalten ihrer Adressaten und konnte so direkter Einfluss auf die Wähler nehmen. Zum anderen erleichterte diese Öffentlichkeitsarbeit den Transfer von eigenen Positionen in die Massenmedien. Wie erfolgreich dies immer wieder gelang, verdeutlicht ein Beispiel aus der Berichterstattung um den Bundesparteitag der WASG, den die Partei bewusst zwei Wochen vor der Wahl in Dortmund veranstaltete, um die mediale Aufmerksamkeit auf die Wahlteilnahme der WASG zu lenken. Die Tagesschau berichtete über das Ereignis am 6. Mai 2005 in ihrer Hauptsendung um 20:07 Uhr mit einem Einspieler, der Bilder des Parteitages in Dortmund zeigte und mit folgendem – genau die zentralen Punkte der Selbststilisierung der WASG (Protestpartei, Anti-Hartz-IV-Partei) fokussierenden – Audiokommentar unterlegt

113 Was ist die WASG?, <www.wasg-nrw.de/uploads/media/WASG-Flyer.pdf> (12.1.2007).

114 Dahinter stand jedoch keine grundsätzliche Systemkritik. So wies die WASG etwa immer wieder auf die Notwendigkeit von Wahlen und der Teilnahme daran hin. Siehe etwa Wahlprogramm der WASG (Kurzfassung), <wasg-nrw.de/uploads/media/WahlProgramm2005_Kurz.pdf>, S. 7 (17.1.2007).

115 Lüge 3: „Hartz IV bringt die Langzeitarbeitslosen wieder in Beschäftigung!“, <wasg-nrw.de/uploads/media/luege-3.pdf> (2.2.2007).

116 Wahlwerbespot, <wasg-nrw.de/uploads/media/funkspot64.mp3> (20.1.2007).

war: „In Dortmund hat der erste Bundesparteitag der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit begonnen. Bis Sonntag wollen die 350 Delegierten einen neuen Vorstand wählen und über Programm und Satzung beraten. Die neue Linkspartei war im Januar gegründet worden. Sie ist aus den Protesten gegen die Arbeitsmarktreformen hervorgegangen. Die Partei fordert unter anderem die Rücknahme der Hartz-IV-Gesetze. Am 22. Mai tritt sie bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen an.“¹¹⁷

Die Analyse des Wahlergebnisses der WASG zeigt, dass die Partei gemäß ihrer öffentlichen Konstituierung als Protestpartei bzw. Alternative zur bestehenden Politik insbesondere der SPD und Anti-Hartz-IV-Partei ihre größten Stimmerfolge bei vormaligen SPD-Wählern (50.000 Stimmen, 29,41 %) und Nichtwählern (60.000 Stimmen, 35,29 %) erzielte.¹¹⁸

Die Etablierung der neuen Partei ‚links von der SPD‘: Ein Prototypfall zukünftiger Entwicklungen nicht-etablierter Kleinparteien?

Unter dem Druck der nach den Landtagswahlen von Bundeskanzler Gerhard Schröder und dem SPD-Parteivorsitzenden Franz Müntefering ausgerufenen Bundestagsneuwahlen kam es bereits wenige Tage nach dem 22. Mai 2005 zu ersten Gesprächen zwischen PDS und WASG über die Bildung eines Wahlbündnisses, die schließlich in einer gemeinsamen Faktion im Bundestag mündete. Das mit 8,7 % überaus erfolgreichen Wahlergebnis wurde von den Spitzen beider Parteien als Auftrag zur Bildung einer gemeinsamen Partei interpretiert, deren Gründungsprozess mit der Konstituierung der Landesverbände Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen am 20. Oktober 2007 seinen formalen Abschluss fand. Die Zusammenführung von Linkspartei.PDS und WASG verlief dabei keineswegs konfliktfrei. Der Prozess war vielmehr von Hemmnissen und kontroversen Diskussionen insbesondere innerhalb der WASG geprägt, die eine Reihe von politischen Beobachtern aber auch Politikwissenschaftlern zu eher negativen Prognosen veranlasste. Vor dem Hintergrund der programmatischen Differenzen, der unterschiedlichen Ursprünge der Linkspartei.PDS und der WASG und der innerparteilichen Kontroversen um den Zusammenschluss wurden dem Fusionsprozess und einer anschließenden Etablierung wenige Chancen eingeräumt.¹¹⁹ Dass diese Prognosen sich bisher nicht bewahrheiteten, hängt auch zentral damit zusammen, dass die Einschätzungen weniger auf empirischen Daten, als mehr auf generellen Erwartungen beruhen.

117 Tagesschau vom 6. Mai 2005, <www.tagesschau.de/sendungen/o,,OID4318548_VID4318732_RES-real120_PLYinternal_NAV_OUV1_00.html> (20.1.2007).

118 Wählerwanderung WASG, <www.wdr.de/themen/politik/nrw01/landtagswahl_2005/wahlflash/WahlNRW/html/WW-2005201-0-WASG.shtml> (18.1.2007). Die Prozentzahlen beziehen sich auf die Gesamtstimmzahl der WASG.

119 Vgl. etwa No Future, in: Die Zeit vom 9. Mai 2006; Eine neue Partei ist das noch lange nicht, <www.tagesschau.de/2005/bundestagswahl/meldung47012.html> (28.10.2007); Mielke, Gerd: Wähler im Wartestand. Entstehungs- und Erfolgchancen einer neuen Linkspartei, in: Neue Soziale Bewegung. Forschungsjournal (2004) 2, S. 6–21.

Betrachtet man hingegen vor dem Hintergrund der empirischen Analyse die strukturellen Merkmale der neuen Partei, können der „Linken“ gute Chancen für eine dauerhafte Etablierung im nordrhein-westfälischen Parteiensystem zugebilligt werden. Durch die Zusammenführung der beiden Parteien kann die neue Partei auf eine deutlich größere Mitgliedschaft zurückgreifen und wird so in die Lage versetzt, eine flächendeckende Organisationsstruktur in NRW zu etablieren. Mit großem Stolz präsentierte „Die Linke NRW“ auf ihrem Gründungsparteitag die Zahl von derzeit über 5.200 Mitgliedern, die sich im August und September in 52 Kreisverbänden flächendeckend in Nordrhein-Westfalen konstituiert hätten.¹²⁰ Sowohl die gesteigerte Mitgliederzahl, als auch deren breite regionale Verankerung tragen dazu bei, den bisher notwendigen Aufwand für die Wahlteilnahme zu reduzieren.

Neben der Verbesserung der innerparteiliche Ausgangsbedingungen gibt es Anzeichen dafür, dass das neue Linksbündnis auch weiter von den jeweiligen spezifischen Stärken der Linkspartei.PDS und WASG profitiert: War es der WASG durch ihre Öffentlichkeitsarbeit gelungen eine relevante politische Position zu besetzen und somit ein spezifisches politisches Profil in der Öffentlichkeit zu beanspruchen, scheint die neue „Linke“ von diesem Bild weiterhin profitieren zu können. Auf die ungebremste Attraktivität verweist sowohl die große Anzahl von derzeit etwa 900 neue Parteimitgliedern, die zuvor weder Mitglied der Linkspartei.PDS noch der WASG waren,¹²¹ als auch die Meinungsumfragen, die derzeit einen Stimmenanteil von sechs bis acht Prozent für „Die Linke“ in Nordrhein-Westfalen messen.¹²² Auch der Beitritt des ehemaligen Grünen-Abgeordneten im nordrhein-westfälischen Landtag Rüdiger Sagel kann als ein Zeichen hierfür gedeutet werden.¹²³ Anscheinend sucht die neue Partei aber auch bewusst den Anschluß an die erfolgreiche Öffentlichkeitsarbeit der WASG. So gibt es derzeit „massive Bemühungen“ für die Kommunalwahl 2009 und insbesondere für die Landtagswahl 2010 einen prominenten Spitzenkandidaten zu gewinnen, der der Partei ein mediales Gesicht geben soll. Die Anstrengungen richten sich dabei vor allem auf das „SPD-Urgestein“ Rudolf Dreßler, ehemaliger Vorsitzender des einflussreichen SPD-Ausschusses für Arbeitnehmerfragen und Helmut Laakmann, dem durch seine aktive Rolle im Arbeitskampf um den Erhalt des Stahlwerks in Duisburg-Rheinhausen Ende der 1980er Jahre bundesweite Medienpräsenz zuteil wurde.¹²⁴

Die ehemalige Linkspartei.PDS scheint ihre große Stabilität in die neue Partei mit einbringen zu können, was insbesondere aus finanzieller Perspektive von zentraler Bedeutung

120 Die Linke: Gespräch mit Wolfgang Zimmermann, in: WDR5 Westblick, 19.10.2007, zitiert nach: <www.wdr.de/themen/_config_/mediabox/index.jhtml?mkat=2&mid=13617&seite=2> (23.10.2007); Die Linke NRW: Pressedienst, <www.dielinke-nrw.de/pressedienst.html> (23.10.2007).

121 Hillebrand, Heinz: Basisorientiertes Politikverständnis. Düsseldorf wir kommen! – Vom Gründungsparteitag in Nordrhein-Westfalen, <http://www.die-linke.de/index.php?id=181&no_cache=1&tx_ttnews%5BbackPid%5D=154&tx_ttnews%5Btt_news%5D=976> (14.12.2007).

122 Vgl. die Übersicht über Landtagswahlumfragen in NRW <www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/nrw.htm> (23.10.2007).

123 Vgl. Rote Ein-Mann-Fraktion, in: Frankfurter Rundschau vom 24. Oktober 2007.

124 Linke lockt SPD-Urgestein Dreßler, <www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,512481,00.html> (28.10.2007); Wer macht den Arbeiterführer, <www.wdr.de/themen/politik/parteien/linkspartei/071021.jhtml?rubrikenstyle=politik> (28.10.2007).

sein dürfte. So ist trotz der deutlichen Stärkung der westlichen Landesverbände durch den Fusionsprozess die Weiterführung des parteiinternen Finanzausgleiches auf Bundesebene vorgesehen.¹²⁵ Sollte es gelingen, die derzeitige Konvergenz der öffentlichen Relevanz der WASG und der Stabilität der Linkspartei.PDS auf Dauer sicherzustellen, bestehen gute Chancen einer festen Etablierung. Das auf dem Gründungsparteitag in Gladbeck formulierte Ziel bei den Wahlen 2010 in den nordrhein-westfälischen Landtag einzuziehen erscheint damit keineswegs mehr abwegig.

Dementsprechend gereizt reagierten die anderen Parteien in NRW bereits auf die sich abzeichnende Fusion.¹²⁶ Der nordrhein-westfälische SPD-Generalsekretär Michael Groschek etwa kündigte an, das Linksbündnis „als politische Gegner“ zu bekämpfen und deren „tolldreisten politischen Opportunismus [zu] entlarven“.¹²⁷ In einer ähnlichen Weise äußerte sich der Landesvorsitzende der Grünen Frithjof Schmidt, der dem Zusammenschluss von Linkspartei.PDS und WASG „eine populistische Anlehnung an nationalistische Abschottungstendenzen“ vorwarf.¹²⁸ Diese Reaktionen verweisen darauf, welche Funktion nicht-etablierte Kleinparteien – jenseits demokratietheoretischer Argumente¹²⁹ – zukommt.

Wollen nicht-etablierte Kleinparteien Einfluss auf die Politikgestaltung erlangen, bleibt kein Weg außer dem Aufstieg zur etablierten Partei. Nicht-etablierte Kleinparteien spielen im politischen System dementsprechend vor allem die Rolle von potenziellen Konkurrenten, die mit ihrem Anspruch, einflussreiche Partei werden zu wollen, Druck auf die etablierten Parteien ausüben. Die Existenz von nicht-etablierten Kleinparteien stellt eine permanente Drohung dar, auf die das Handeln der etablierten Parteien bezogen ist.

Mit dem derzeitigen Wandel der Parteien scheint diese Drohgebärde stärker zu werden. Der Erfolg der WASG fußt zentral auf dem Wandel (politischer) Kommunikation, deren Logiken etablierte wie nicht-etablierte Parteien gleichermaßen unterworfen sind. Etablierte Parteien weisen zwar aufgrund ihrer parlamentarischen Vertretung eine größere politische Relevanz und damit auch einen höheren Nachrichtenwert auf. Dieser Nachteil kann aber von nicht-etablierten Kleinparteien ausgeglichen werden, indem sie ihre Öffentlichkeitsarbeit stark an medialen Inszenierungsformen (Emotionalisierung, Dramatisierung, Polarisierung) ausrichten. Nicht-etablierte Kleinparteien können dadurch in den Medien Gehör finden, sich an politischen Debatten beteiligen und dadurch die etablierten Parteien herausfordern.¹³⁰ Ob sich aber mit den verbesserten Möglichkeiten der öffentlichen Positionierung von nicht-etablierten Kleinparteien auch die Chancen einer dauerhaften Etablierung ver-

125 Plan der Partei Die Linke für den zentralen Finanzausgleich 2007, <die-linke.de/fileadmin/download/finanzen/finanzplan2007_finanzausgleich_neu.pdf> (23.10.2007).

126 Parteien gegen neue Linke, in: taz NRW vom 19. Juli 2005, S. 2

127 Ebd.

128 Ebd.

129 Vgl. hierzu Jan Köhler: Nicht-etablierte Parteien. Funktionen und Rechtsfragen, in: Jun/Kreikenbom/Neu: Kleine Parteien, S. 39–57.

130 Insofern scheinen nicht-etablierte Kleinparteien durch ihre Position im politischen System und dem Kommunikationswandel einen strukturellen Hang zum Populismus zu besitzen, für den diese Inszenierungsformen eine prominente Rolle einnehmen, diesen aber nicht vollends füllen.

bessern, muss stark bezweifelt werden. Nicht-etablierte Kleinparteien können mit ihrer öffentlichen Selbstinzenierung nur dann Erfolg haben, wenn es ihnen gelingt, eine relevante politische Position¹³¹ zu besetzen. Sie ist damit abhängig von der Integrationskraft der etablierten Parteien. Nur wenn diese relevante Wählerstimmenanteile mit ihren Programmatiken nicht mehr binden können, wie etwa die Gruppe der Hartz-IV-Gegner, können Kleinparteien Wahlerfolge erzielen.¹³²

Ebenso spricht der zentrale Einfluss innerparteilicher Faktoren gegen verbesserte Etablierungschancen. Entgegen der These der modernen „Parteien ohne Mitglieder“ erweisen sich gerade Mitgliederstärke und deren regionale Verteilung als zentrale Einflussfaktoren, die die Handlungskompetenzen nicht-etablierter Kleinparteien stark beschränken. Wie sich anhand der Linkspartei.PDS in NRW zeigen ließ, waren die geringe Mitgliederzahl und die fehlende Verankerung im gesamten Bundesland mitursächlich für die Erfolglosigkeit der Partei bei Wahlen. Zu diesen Faktoren müssen auch die Finanzmittel nicht-etablierter Kleinparteien gerechnet werden, die durch ihren begrenzten Umfang zur eingeschränkten Handlungsfähigkeit der Parteien beiträgt. Die Finanzierung bleibt, selbst wenn es nicht-etablierten Kleinparteien gelingt, in den Genuss der staatlichen Wahlkampfkostenerstattung zu gelangen, ein zentrales Problem. So wäre eine Teilnahme der WASG an der Bundestagswahl im Herbst 2005 ohne die Kooperation mit der Linkspartei.PDS wohl an fehlenden Finanzmitteln gescheitert.¹³³

Trägt man die unterschiedlichen identifizierten Einflussfaktoren des Etablierungsprozesses zusammen, verdeutlicht sich, welche hohe Anforderungen Parteien erfüllen müssen, um sich dauerhaft im Parteiensystem festzusetzen. Um sich im politischen System zu etablieren, müssen nicht-etablierte Kleinparteien (1.) ein gesellschaftlich relevantes Thema besetzen können und (2.) dieses durch erfolgreiche Öffentlichkeitsarbeit kommunizieren. Dafür ist aber zwingend (3.) eine ausreichende Anzahl an Mitgliedern (4.) und eine hinreichender Finanzrahmen notwendig. Darüber hinaus muss es der Partei gelingen, (5.) diese Faktoren auf die Dauer sicherstellen zu können.

131 Als relevant kann eine Position dann angesehen werden, wenn sie von einer ausreichend großen Wählergruppe geteilt wird, die einen Einzug in das Parlament ermöglichen würden.

132 Hans-Jörg Dietsche hat diese in seinem „Marktlückenmodell“ theoretisiert. Dietsche knüpft mit seinen Überlegungen an grundlegende Gedanken von Anthony Downs und Joseph Schumpeter an. Sei Modell setzt bei der Beobachtung an, dass das deutsche Parteiensystem von den großen Volksparteien dominiert wird. Dort wo die Integrationsfähigkeit dieser Parteien zur Wählerbindung nicht mehr ausreicht, „beginnt sich eine Integrationslücke im Volksparteiensystem aufzutun. Ist diese Wählergruppe bedeutend genug um sich eine eigene parlamentarische Vertretung zu verschaffen, klappt eine politische Marktlücke, die von einer kleinen Partei genutzt werden kann.“ (ders.: Eine „Renaissance“ der kleinen Parteien? Zu den Entwicklungsmöglichkeiten kleinerer Parteien im deutschen Volksparteiensystem, in: Jun/Kreikenbom/Neu (Hg.): Kleine Parteien im Aufwind, S. 58–74, hier S. 69.)

133 Die WASG erhielt für die NRW-Wahl zwar Wahlkampfkostenerstattung. Da diese Finanzmittel aber erst 2006 bereitgestellt wurden und die Partei sämtliche Mittel in den Landtagswahlkampf investiert hatte, stand die Teilnahme an der Bundestagswahl in Frage. Pehle, Heinrich: Bundestagswahlen – ein fairer Wettbewerb? Die Parteien- und Wahlkampffinanzierung auf dem Prüfstand, in: Jesse, Eckhard: Bilanz der Bundestagswahl 2005. Voraussetzungen. Ergebnisse. Folgen. Wiesbaden 2006, S. 295–305, hier S. 303–304.

Trotz der Etablierung der neuen Linkspartei ist also gegenwärtig keineswegs die „Stunde der nicht-etablierten Kleinparteien“ zu erwarten. Weiterhin bestehen für eine dauerhafte Durchsetzung von Kleinparteien große Hürden, die zudem nur teils von ihnen selbst beeinflusst werden können. Dass es der „Linken“ gelingen könnte, diese auch in NRW zu überwinden, ist weniger auf generelle sich verschiebende Parameter des politischen Systems und den Parteienwandel zurückzuführen, als auf die gezeigt historische Situation des gesellschaftlichen Protestes gegen die Agenda 2010 und die spezifischen Qualitäten der WASG und Linkspartei.PDS.